

nach göteborg und genua

welche taktik braucht
die antikapitalistische bewegung



INHALTSVERZEICHNIS

Per Olsson "Die Wahrheit über Göteborg"	Seite 4
Robert Bechert "Italien nach Genua - eine neue Radikalisierung hat begonnen"	Seite 14
Holger Dröge "Wie die antikapitalistische Bewegung aufbauen?"	Seite 25
Sascha Stanicic "Die Aufgaben der antikapitalistischen Bewegung: Nach Genua - wie weiter?"	Seite 36
Stephen Jolly "MarxistInnen und Direct Action"	Seite 46

KONTAKT ZUR SAV

Wir freuen uns, wenn Du/Sie mit uns über die vorliegende Broschüre diskutieren willst/wollen. Einfach anrufen oder schreiben (per E-Mail oder mit traditioneller Post)!

Auf dem selben Weg erhältst Du/erhalten Sie nähere Informationen über die SAV, kannst Du/können Sie Mitglied der SAV werden oder einfach ein Treffen mit uns vereinbaren. Darüber hinaus halten wir eine webpage für Dich/Sie unter www.SAV-online.de bereit.

INFOTELEFON 030/24 72 38 02

MAIL INFO@SAV-ONLINE.DE WEB WWW.SAV-ONLINE.DE

POST SAV, LITTENSTR. 106/107, 10179 BERLIN

CREDITS

Herzlichen Dank an die AutorInnen und ÜbersetzerInnen.

Herzlichen Dank an Harry Mahrer für das Layout und das Coverdesign.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Sozialistische Alternative - SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

ViSdP: Sascha Stanicic

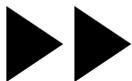
Druck: Druck im Eigenverlag

nach göteborg und genua

welche taktik braucht
die antikapitalistische bewegung



EINE TEXTSAMMLUNG DER SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE (SAV)



DIE WAHRHEIT ÜBER GÖTEBORG

Dieser von Per Olsson vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale geschriebene Artikel wurde erstmals in Socialism Today, dem Magazin der Socialist Party, der britischen Schwesterpartei der SLP, veröffentlicht.

Jedes Treffen von Vertretern des Kapitalismus zieht heute Massenproteste an. Göteborg war da keine Ausnahme. Als jedoch die schwedische Polizei begann scharfe Munition zu benutzen, verschoben sich die Maßstäbe. Die internationalen Medien und die etablierten Politiker starteten eine Kampagne um jedeN einzelneN, der/ die in der sich entwickelnden anti-kapitalistischen Bewegung eingebunden ist, zu verleumden. Die Wahrheit muß berichtet werden. Per Olsson vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, ein Teilnehmer in Göteborg, erzählt was wirklich passiert ist.

Göteborg, 14.-16. Juni, war in der Geschichte Schwedens ein historischer Moment. Zehntausende kamen auf die Straße um gegen George W. Bush und die Chefs der Europäischen Union (EU) und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu protestieren. Diese drei Demonstrationen waren seit vielen Jahren die größten, die in Schweden abgehalten wurden.

Bis zu 25.000 Menschen nahmen an der größten Demonstration, am Samstag dem 16. Juni, teil. Und das obwohl sich Schweden in einem Schockzustand befand. Ein Schockzustand, der auf die Straßenschlachten und besonders auf die brutalen Polizeiangriffe von Freitag Abend folgte, in deren Verlauf auf Protestierende auch mit scharfer Munition geschossen worden war.

Drei junge Menschen wurden von dem Polizisten, der das Feuer eröffnet hatte, getroffen. Einer von ihnen ist schwebte lang in kritischem Zustand. Es war das erste Mal seit 1931 in Ådalen fünf ArbeiterInnen getötet worden waren, daß Polizei oder Militär scharfe Munition gegen DemonstrantInnen verwendeten. Mindestens 86 Menschen mußten im Krankenhaus versorgt werden, mehr als drei Viertel davon waren DemonstrantInnen

Die Wahrheit über Göteborg muß berichtet werden. Rättvisepartiet Socialisterna (RS), die schwedische Sektion des CWI, fordert eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse. Diese Forderung wird von jenem Netzwerk, welches hauptsächlich die Proteste organisiert hat, unterstützt.

RS fordert außerdem, den unverzüglichen Rücktritt des Chefs der Polizei in Göteborg und des Justizministers.

Die Medien und das kapitalistische Establishment in Schweden und überall sonst haben die Ereignisse simpel als Ausschreitungen, die von einem 'anarchistischen Wanderzirkus der von Gipfel zu Gipfel zieht' inszeniert werden, beschrieben.

Blair hat sogar einen Brief an die schwedische Regierung geschickt: "Ich möchte meine tief empfundene Sympathie gegenüber den schwedischen Behörden und der schwedischen Polizei ausdrücken für das was sie durchmachen mußten und meine Anteilnahme für die Polizisten, die verwundet wurden. Diese Proteste sind eine einzige Schandtat. Weltweiter Handel ist gut für die Arbeitsplätze der Menschen und für den Lebensstandard der Menschen. Diese Proteste und die Leute, die in diesen Protesten schwelgen, sind vollkommen fehlgeleitet." (Electronic Telegraph, 16. Juni)

Die Schandtat ist dieser Kommentar von Tony Blair. Er drückt aus wie weit die Kapitalisten und ihre politischen Repräsentanten bereit sind zu gehen um die anti-kapitalistische Bewegung zu diskreditieren und zu schwächen. Die Bosse und Politiker in ganz Europa haben Göteborg als Vorwand für eine Gegenoffensive gegen die anti-kapitalistische Bewegung im allgemeinen und gegen revolutionäre SozialistInnen im speziellen verwendet. Sie unterstellen, daß die Linke Schuld ist bzw. zur Verantwortung gezogen werden muß.

Diese Propagandakampagne wird allerdings bald auf sie selbst zurückfallen. Wie John Pilger in Schwedens größter Tageszeitung, Aftonbladet, geschrieben hat: "Die jungen Menschen, die den Mut gehabt haben auf jedem Kontinent auf die Straße zu gehen und die in Göteborg unter den 20.000 Protestierenden waren, sollten Genugtuung empfinden angesichts der Panik unter den Politikern der Neuen Rechten wie Blair und Berlusconi. Beschimpfungen und Repressionen sind zur Standardantwort auf eine weltweite Bewegung geworden, eine Bewegung, die starke und breite Unterstützung unter Millionen normaler Menschen hat, insbesondere in Lateinamerika, Afrika und Asien, wo gewalttätiger und habgieriger Kapitalismus unter dem Titel ‚freier Handel‘ daherkommt. Das Recht dieser Menschen auf ein anständiges Leben wird von Blair als ‚unwichtiger Fall‘ abgetan ... Die Gewalt ausgeübt von ein paar Demonstranten in Göteborg oder sonstwo verglichen mit der Gewalt der wirtschaftlichen Apartheid, gefördert von Bush und Blair." (26. Juni)

Zu den Ausschreitungen von Freitag nachmittag kam es nach einer Reihe von Polizeiprovokationen und einem brutalen Polizeiangriff mit Hunden und Pferden auf einen friedlichen anti-kapitalistischen Marsch, der von Rättvissepartiet Socialisterna und anderen organisiert worden war. Die Schäden dieser Zusammenstöße entzürnten ArbeiterInnen in Göteborg und in ganz Schweden. Schweden hatte derartiges noch nie zuvor gesehen. Die größte lokale Abendzeitung von Göteborg produzierte sogar eine Extraausgabe am Nachmittag mit dem Titel: "Avenyn brennt". Avenyn ist die Straße in der Geschäfte, Cafes und Restaurants zerstört wurden und aus der einige Anrainer gezwungen waren zu fliehen.

Als SozialistInnen treten wir nicht für diese Methoden ein: das Einschlagen von Schaufenstern oder das Anzünden von Tischen und Sesseln von Restaurants sind keine Methode um den globalen Kapitalismus zu bekämpfen. Aktionen wie diese dienen keinem politischen Zweck. Genausowenig entlarven solche Aktionen den Kapitalismus oder die wahre Natur des kapitalistischen Staates. Trotzdem ist es die Polizei die für die Ausschreitungen zur Verantwortung gezogen werden muß und für die Schaffung einer Atmosphäre von Unbehagen und Frustration unter einem Teil der DemonstrantInnen.

Ein Viertel von Schwedens Polizei war im Einsatz um den teuersten EU-Gipfel aller Zeiten zu verteidigen. Ohne Zweifel war Göteborg während dieser drei Tage, die Schweden erschütterten, teilweise in einen Polizeistaat verwandelt worden. AnrainerInnen der näheren Umgebung des Tagungsortes mußten spezielle Pässe mit sich tragen und der Polizei über jeden ihrer Schritte Bericht ablegen, ebenso Menschen, die Anrainer eventuell besuchen kommen wollten.

Im Vorfeld sprach die Polizei über einen "Dialog". Von Tag 1 an übernahmen sie jedoch eine Taktik bestehend aus Belästigung und Verfolgung und begannen Menschen, die protestieren wollten, zu verhaften. Mehr als 1.000 DemonstrantInnen wurden für Stunden von der Polizei ohne Angabe von Gründen angehalten, festgenommen oder verhaftet. Hunderten von Menschen wurde sogar schon von vornherein die Teilnahme nicht erlaubt. Busse aus Deutschland und Dänemark wurden an der schwedischen Grenze oder auch an der Stadtgrenze von Göteborg stundenlang angehalten, bis die Demonstration von Samstag vorbei war. Danach wurden sie wie Kriminelle bis zurück zur Grenze von Polizeiautos eskortiert.

POLIZEI GESTÄRKT

Nach den Ausschreitungen wurde die Polizei mehr und mehr beleidigend und verzweifelt. Die Schüsse müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Mit der Rückendeckung durch die Medien und mit wachsender Unterstützung durch die Öffentlichkeit nahm die Polizei an, daß sie, egal was sie tun würde, gut davonkommen würde. Die schwedischen Medien blendeten auch alle zusätzlichen Nachrichten und Informationen über die Untersuchungen der Schüsse aus und übernahmen vollkommen unkritisch die Polizeiversion der Ereignisse.

Nach der großen Demonstration vom Samstag benützte die Polizei die angebliche Bedrohung durch einen "bewaffneten deutschen Terroristen" als Entschuldigung für eine Razzia in einer Schule - durch eine mit Maschinengewehren bewaffnete Anti-Terror-Einheit. Sie hielten 500 Menschen - die friedlich gegen durch Polizei angewandte Gewalttätigkeit demonstrierten - für Stunden auf einem Platz fest. Nach der Razzia in der Schule entschuldigte der Polizeichef von Göteborg die brutale Aktion mit: "Die Jugendlichen sind selber Schuld, weil sie sich dafür entschieden haben, Räumlichkeiten mit potentiellen Terroristen zu teilen." (EU Observer, 20.Juni)

Die Schäden die die Zusammenstöße und Ausschreitungen begleiteten verwandelten sich in eine wirkungsvolle Propagandawaffe für die Polizei und die kapitalistischen Politiker. Ohne Zweifel haben sie die öffentliche Unterstützung für die Polizei massiv gesteigert. Meinungsumfragen, selbst diejenigen welche nach den Schüssen durchgeführt wurden, erhoben 90% Unterstützung für die Polizei. PolizistInnen wurden in den Medien als Helden gefeiert. Aftonbladet brachte nach den Schüssen ein typisches Interview mit einem Polizisten. "ich bin glücklich daß ich noch am Leben bin", meinte der Polizist, während ein junger Demonstrant in einem Göteborger Spital um sein Leben kämpfte.

Die Ereignisse in Göteborg hatten bereits tiefgreifende Auswirkungen auf zukünftige Entwicklungen in Schweden und international. Sie werden den Weg zu einer Debatte innerhalb der anti-kapitalistischen Bewegung darüber welches Programm, welche Methode und Orientierung notwendig sind, eröffnen.

Sofort nach dem Krawall entschied die Regierung, eine besondere Kommission ins Leben zu rufen, die sich aus pensionierten Politikern

zusammensetzt. Ziel ist es, der Polizei weitere repressivere Mittel in die Hand zu geben, als ob Göteborg nicht gezeigt hätte, dass die Polizei mehr als genug Repressionsmittel hat. Trotzdem wird eine weitere Militarisierung der schwedischen Polizei und restriktivere Gesetzen und Beschränkungen folgen. Tränengas und Wasserwerfer werden häufiger benutzt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Polizei künftig das Recht haben, jede Person ohne Anklage 48 Stunden lang festzuhalten - heute sind es sechs. Außerdem ist es äußerst wahrscheinlich, dass die Polizei künftig Demonstrationen untersagen wird und das "Risiko Dies ist ein ernster Angriff auf grundlegende demokratische Rechte, wie das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit. Künftig werden diese Einschränkungen benutzt werden, um Kämpfe der ArbeiterInnenklasse zu behindern und zu zerschlagen. Der Kampf gegen jede Regulierungen, die der Polizei repressivere Werkzeuge in die Hand geben, ist im Grunde ein Kampf für die Verteidigung der grundsätzlichen demokratischen Rechte.

Die Schüsse von Göteborg sind eine Warnung zu die ArbeiterInnen- und die antikapitalistische Bewegung. Sie sind ein tragisches Beispiel dafür, wie weit der Kapitalismus und die bewaffneten Kräfte des Staates bereit sind zu gehen, um künftige Demonstrationen, Streiks und Besetzungen zu bekämpfen.

Aber es ist nicht nur die herrschende Klasse in Schweden, die versucht, die Ereignisse in Göteborg als Vorwand für eine künftige "koordinierte harte Antwort", wie Deutschlands Innenminister am 17. Juni sagte, zu nutzen. Die herrschende Klasse wird in ganz Europa versuchen, neue Maßnahmen einzuführen für eine engere Zusammenarbeit der Geheimdienste und für Grenzkontrollen, um DemonstrantInnen oder streikende ArbeiterInnen daran zu hindern, ins Ausland zu fahren, um für Unterstützung zu werben. In Österreich entschied die Regierung anlässlich des WEF Gipfels in Salzburg kurzfristig aus Schengen auszusteigen und wieder Grenzkontrollen einzuführen. Darüberhinaus verboten die österreichischen Behörden verboten die Demonstration.

DEN KAPITALISMUS UNTERMINIEREN

DER Schachzug der herrschenden Klasse sich hinter repressiveren Gesetzen und einer Militarisierung der Polizei zu verstecken wird dazu führen, die ohnehin schon riesige Kluft zwischen gewöhnlichen Leuten und der Elite der Gesellschaft zu verbreitern. Die wirkliche, gewaltsame Natur

des kapitalistischen Staates wird deutlich. Es sind nicht so sehr die Krawalle in Göteborg, die die herrschende Klasse beunruhigen, als viel mehr die wachsende antikapitalistische Stimmung und die weitverbreitete Entfremdung von der Gesellschaft. Dies spiegelt die Tatsache wider, daß der Kapitalismus und seine Institutionen zunehmend ihre Legitimität verlieren. Und das nur zehn Jahre nach dem Sturz der totalitären stalinistischen Regimes, als die herrschende Klasse ihren endgültigen Sieg über jedes alternative System proklamierte, das auf einer geplanten Wirtschaft beruht, einschließlich echten, demokratischen Sozialismus.

Die Lawine von Verleumdungen und Lügen gegen die Demonstrationen in Göteborg muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die antikapitalistische Stimmung in breiten Teil der ArbeiterInnenklasse, sowie in der Mittelschicht, insbesondere unter jungen Leuten, Fuß gefaßt hat. "Warum sind so viele so wütend auf die Globalisierung?", fragte die US Zeitschrift Business Week letztes Jahr.

Die zunehmende Ungleichheit, die auf der Superausbeutung von ArbeiterInnen und den ärmeren Ländern und der Zerstörung der Umwelt, basiert, während die Gewinne in die Höhe schnellen und die Reichen immer reicher werden, hat heftige Reaktionen gegen den globalen Kapitalismus und seine Institutionen geschaffen. Der tiefe Graben zwischen den Klassen zeigt sich auch in einer riesigen Kluft zwischen den Politikern, den kapitalistischen Institutionen und dem politischen System einerseits, und den sogenannten 'kleinen Leuten', andererseits. Dort sind sie, hier sind wir. Sogar die Financial Times gab zu daß "die EU den Kontakt mit den 376 Millionen Bürgern seiner 15 Mitgliedsstaaten verliert". (18 Juni)

Alle diese sozialen und politischen Trends führen dazu, die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Kapitalismus zu unterminieren, für seinen Staatsapparat, seine nationalen und internationalen Institutionen. Das hat zu einem Anstieg der antikapitalistischen Stimmung geführt. Immer mehr Menschen sind bereit, sich an den Protesten gegen das System zu beteiligen, besonders seit Seattle 1999.

Es ist auch klar, daß die antikapitalistische Stimmung und der allgemeine Unmut die Manager der Globalisierung ernsthaft beunruhigt haben. In ideologischen und politischen Fragen geraten sie zunehmend unter Druck. Das ist der Grund warum ein Teil von ihnen sie gezwungen sah, sich in einen sogenannten 'Dialog' mit ausgewählten VertreterInnen der antikapitalistische Bewegung zu begeben.

Die schwedische Regierung versprach, daß ihre EU-Ratspräsidentschaft anders werden würde. "Offenheit, Transparenz und Dialog um das gute Europa zu zeigen", sollten die alten Methoden der Geheimverhandlungen hinter geschlossenen Türen ersetzen. Aber dieser "Dialog" war nur eine nette Show vor dem Gipfel. Im Frühling sprachen einige Politiker mit TeilnehmerInnen von relativ kleinen Anti-EU Demonstrationen und es gab eine dreistündige "Debatte" zwischen den Ministern und einigen DemonstrantInnen an 13. Juni, dem Tag bevor Bush nach Göteborg kam. Es war ein Dialog von oben, unter Bedingungen, die einseitig von der Regierung festgesetzt worden waren. "Die Debatte hat gezeigt, daß die Regierung noch nicht bereit ist, den DemonstrantInnen zuzuhören, und es stattdessen wichtiger findet, einige feinklingende rhetorische Statements abzugeben". (ATTAC Rundschreiben 86) Einige TeilnehmerInnen verliesen die Debatte sogar vorzeitig, aus Protest gegen die Entscheidung, dass keine Fragen aus dem Publikum erlaubt waren.

Die Regierung war nie an einem Dialog interessiert. Aber sie sahen sich gezwungen, zumindestens so zu tun, als ob sie auf die Stimmung in Schweden eingehen würden. In Göteborg stand nicht nur die EU auf der Anklagebank, sondern der globale Kapitalismus und der US-Imperialismus.

Susan George aber scheint mit dieser Art von Dialog sehr zufrieden zu sein, von dem sie sagt er sei "in der schwedischen Tradition von Kooperation und Konsens". ("Ich war in Göteborg", veröffentlichte im ATTAC Rundschreiben 87). Es ist schwierig dahinterzukommen, von welcher Tradition sie spricht. Das alte 'schwedische Model' von sozialem Frieden, Klassenkolaboration und Konsens kolabierte schon vor langer Zeit.

Am Tag nach dieser Debatte stürmte die Polizei eine Schule, in der viele der Gegen-Gipfel abgehalten werden sollten. Am folgenden Tag riegelten sie eine Brücke hermetisch ab und umzingelten das Forum des Freien Wortes - ein Areal auf dem sowohl Versammlungen, Debatten und Seminare abgehalten wurden, als auch Musik und Kneipen. Dieses ganze Vorgehen machte es schwierig das die Protestierenden ihre demokratischen Rechte - sich zu treffen und zu diskutieren - überhaupt wahrnehmen konnten.

Die Regierung ihrerseits nahm an echten Gesprächen und zwar hinter verschloßenen Türen mit Vertretern europäischer Monopole und des US-Imperialismus teil. Der Gipfel wurde auch von Besuche der wichtigsten

Kapitalisten in Schweden in einem nie dagewesenen außmaß begleitet. Die geheimnisvolle Gruppe der Bilderberger - die Hohepriester der Globalisierung - trafen sich vor dem Gipfel in Schweden. Jene Gruppe behauptet, die ersten gewesen zu sein, die die Idee eines einheitlichen europäischen Marktes und einer gemeinsamen Währung vorgebracht hätten. Anschließend fand ein Treffen der Vereinigung europäischer Arbeitgeber (UNICE) statt, das auch mit Premierminister Göran Persson zusammentraf. UNICE, das sich selbst als 'die Stimme der Wirtschaft in Europa' bezeichnet, rief zu einem "bedeutungsvollem Dialog auf europäische Niveau" auf, das heißt im Klartext, daß die Regierungen in Europa die Unternehmenssteuern weiter absenken und den Arbeitsmrkt weiter deregulieren sollten.

Während die Politiker über einen Dialog mit den Protestierenden reden, setzen sie die Wunschliste der Unterehmer um. Das führt dann allerdings zu massieven Ärger und Unzufriedenheit.

Öffentliche Debatten mit Vertretern des globalen Kapitalismus können genutzt werden, um die Argumente die von der herrschenden Klasse vorgebracht werden zu entlarfen und zu zerlegen. Aber die Kapitalisten und Politiker werden nicht durch die Stärke der Argumente der Anti-Globalisierungs-Bewegung überzeugt werden und kehrtmachen. Wenn das der Fall wäre, wäre die Schlacht schon vor einer langen Zeit gewonnen worden.

Nur ein entschlossener Kampf der Massen, national und international, kann auch nur temporäre Zugeständnisse gewinnen und den Monopolen einen Schlag versetzen.

DIE REAKTIONEN DER LINKEN

Göteborg hat innerhalb der schwedischen Linken und, in gewissem Maße innerhalb von Organisationen wie ATTAC, eine Zäsur bedeutet. Alle Parteien des Mainstream in Schweden stellten sich hinter Polizei und Regierung. Persson ging sogar als so weit die Anarchisten als "Faschisten" zu bezeichnen. Das Einschlagen von Auslagen mit der Bedrohung des Faschismus gleichzusetzen bedeutet eine absurde Verharmlosung der Verbrechen der Nazis. In den letzten Jahren haben Neo-Nazis in Schweden mindestens neun Menschen, einschließlich Polizisten, getötet. 1999 ermordeten sie - erstmals - einen Gewerkschafter.

Die Linkspartei (Vänsterpartiet - die ehemalige kommunistische Partei), die Parlamentssitze hat, hat es vorgezogen, nichts zur Polizeigewalt zu sagen. Nur wenige Stunden vor den Schüssen, als die Vorsitzende der Linkspartei, Gudrun Schyman, bei der ersten Demonstration am Freitag Abend sprach, attackierte sie in skandalöser Art die Demonstrantinnen. Sie sagte: ' Ich schäme mich. Göteborg ist eine zerstörte Stadt'. Schyman sagte nichts über die Polizei.

Vier Tage nach den Schüssen gab die Linkspartei eine Erklärung heraus: "Die Linkspartei ist vehement gegen die Gewalt und den Terror der von 14-16. Juni gegen Göteborg eingesetzt wurde. Es ist nichts radikales noch sozialistisches dabei, Fenster einzuschlagen, Pflastersteine zu werfen oder die Polizei anzugreifen? Die wichtigste Aufgabe ist heute in der breitesten möglichen Art gegen Terrorismus und die Verwendung von Gewalt zusammenzuarbeiten. Wir müssen zusammenkommen um den Staat zu verteidigen, der von Gestzen regiert wird und vom Recht der Polizei eine bestimmte Menge gesetzlicher Gewalt einzusetzen." (19. Juni)

Die Linkspartei hilft die Übergriffe der Polizei zu vertuschen und die Einführung neuer, repressiverer Gesetze zu rechtfertigen. Die Verwendung des Begriffes "Terrorismus" ist skandalös. Nicht einmal die meisten der Medien sind so weit gegangen.

Indem sie die Lügen über Göteborg akzeptieren verschließen sich Linkspartei und andere, die behaupten, Linke zu sein, der Wahrheit darüber, was wirklich zu den Zusammenstößen führte. Sie werden einfach Verteidiger von Polizei und Regierung. In ihrem Artikel "Ich war in Göteborg" macht Susan George leider das gleich. Nachdem ich ihren Artikel gelesen hatte fand ich es schwierig zu glauben, dass wir in der gleichen Stadt gewesen waren. Es ist es unglaublich, daß sie schreiben konnte, daß "am Donnerstag nicht wirklich ernstes passiert" sei, an jenem Donnerstag als die Polizei eine Schule stürmte und Hunderte von DemonstrantInnenen festhielt. Es ist offensichtlich daß diese Aktion schon lange Zeit vor Beginn des Gipfels geplant worden war, und es entlarft die hohle Rhetorik über "Dialoge".

Nach einigen Bemerkungen zur Taktik der Polizei gipfeln die Ausführungen von George in der Beschreibung der Anarchisten als "diese Tyrannen", die "unsere Bewegung, die schönste Hoffnung seit dreißig Jahre zerstören können"? "Ehrlich gesagt, ich habe genug von diesen Gruppen", schreibt sie schreibt und Befürwortet offensichtlich, daß die Anarchisten aus den anti-kapitalistische Protesten entfernt werden sollten.

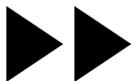
Aber eine Gruppe oder Strömung zu zensurieren oder hinauszuschmeißen wird die Medien nicht davon abhalten, die antikapitalistische Bewegung anzugreifen. Stattdessen wird die Frage aufkommen, wer als nächstes zensuriert wird?

Innerhalb der antikapitalistischen Bewegung müssen die Ereignisse von Göteborg in einer offenen und demokratischen Art und Weise diskutiert werden. Die falschen Methoden der Anarchisten müssen zur Debatte gestellt werden. Jeder Gruppe, die sowohl bereit ist, eine gemeinsam festgelegte politische Plattform als auch eine gemeinsame Disziplin bei Demonstrationen und Aktionen zu akzeptieren, sollte erlaubt werden, teilzunehmen und offen ihre Positionen und Meinungen vorzubringen und ihre Publikationen zu vertreiben.

Die Organisatoren der letzten Demonstration in Göteborg haben korrekterweise diesen Ansatz aufgenommen; jeder anderer Ansatz hätte dazu führen können, dass die Polizei versprengte Anarchisten überfallen hätte.

Rättvisepartiet Socialisterna, die schwedisch Schwesterpartei der SLP, spielte bei der Mobilisierung nach Göteborg und in der Stadt selbst, eine wichtige Rolle. SprecherInnen des CWI, einschließlich des irischen Parlamentsabgeordneten Joe Higgins, sprachen auf den Demonstration gegen Bush und auf der letzten Demonstration am Samstag.

Die antikapitalistische Bewegung hat noch einen langen Weg vor sich, will sie die aktive Unterstützung der Massen gewinnen. Die Bewegung muß mit sozialistischen Zielen ausgestattet werden und besondere Anstrengungen machen, um sich in der ArbeiterInnenklasse zu verankern. Der Kampf geht weiter. Aber Göteborg hat gezeigt, wie dringend die Diskussion darüber ist, wie es weitergehen soll; wie mit Polizeibrutalität umzugehen ist; wie Selbstverteidigung organisiert werden muß; und vor allem mit welchen Methoden die politischen Ziele erreicht werden können, die sich die Bewegung gesetzt hat. Diese Diskussion kann weder durch Zensur, noch durch den Versuch, einzelne Gruppen oder Strömungen aus der neu entstehenden antikapitalistischen Bewegung auszuschließen, verhindert werden.



ITALIEN NACH GENUA - EINE NEUE RADIKALISIERUNG HAT BEGONNEN

Der vorliegende Text wurde von Robert Bechert, Mitglied der Leitung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale am 14. August 2001 verfasst. Robert Bechert war in Genua und nahm an den Prosten teil.

Die Demonstration von 300.000 am 21. Juli und die staatliche Unterdrückung in Genua sind Wendepunkte sowohl für Italien als auch für die weltweite Opposition gegen die kapitalistische Globalisierung.

Für Italien symbolisieren sie den Beginn einer neuen Radikalisierung, trotz der Wahl von Berlusconi rechter Regierung im Mai. Tatsächlich ist für viele italienische ArbeiterInnen und Jugendliche klar, dass die Regierung von Berlusconi und seinen "postfaschistischen" Verbündeten eine "Peitsche der Konterrevolution" ist, die sie zum Handeln treibt.

Die Erfahrung mit den Angriffen der Mitte-Links-"Olivenbaum"-Regierung auf den Lebensstandard in Verbindung mit dem folgenden rechten Wahlsieg, bedeutet, dass viele ArbeiterInnen jetzt das Gefühl haben, dass sie selbst handeln müssen, um Verbesserungen zu erreichen. Schon fünf Tage nach den Wahlen im Mai streikten MetallarbeiterInnen einen halben Tag für höhere Löhne. Am 6. Juli streikten erneut 300.000 MetallarbeiterInnen und 60.000 demonstrierten in Mailand, 50.000 in Turin und 50.000 in Bologna.

Politisch zeigte sich diese Radikalisierung in einer Meinungsumfrage, die vor dem G8-Gipfel veröffentlicht wurde und die, wie im Wall Street Journal berichtet zeigt, dass 25% der ItalienerInnen mit der Antiglobalisierungsbewegung nicht einverstanden waren, 56% den geplanten Protesten zustimmten, aber Gewalt ablehnten, und 16% glaubten, dass Gewalt in Genua gerechtfertigt wäre.

Während der Ereignisse selbst wurde die Gewalt von Elemente des italienischen Staates oder zumindestens solche die vom Staat finanziell unterstützt wurden, provoziert. Dies rief viele Erinnerungen an vergangene staatliche Unterdrückung und Terrorismus durch den Staat wach und führte sofort zu heftigen Reaktionen. Am ersten Dienstag nach den Zusammenstößen von Genua gab es in vielen italienischen Städten Protestdemonstrationen, aus Bologna, Rom und Mailand wurden

Kundgebungen von über 50.000 berichtet, 30.000 in Florenz und 15.000 in Genua. Leider wurden danach keine weiteren Massenaktionen organisiert, obwohl es Gespräche über eine Wiederaufnahme der Proteste im September gab.

Die Proteste von Genua selbst waren viel größer als von den OrganisatorInnen geplanten. Für den Marsch der EinwanderInnen am 19. Juli wurden etwa 14.000 erwartet, aber es waren über 50.000. Am 20. Juli nahmen 70.000 an unkoordinierten Protesten am Beginn des G8-Gipfels teil.

Für Samstag den 21. Juli erwarteten die OrganisatorInnen schließlich 120.000, aber 300.000 nahmen teil. Dieser Protest bestand mindestens zu 90% aus italienischen ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Politisch beherrschte die linksreformistische Rifondazione Comunista (PRC) den Marsch am Samstag und es gab ein riesiges Kontingent der FIOM-CGIL-Metallarbeitergewerkschaft. Dies brachte noch mehr als bei anderen "Anti-Globalisierungs"-Protesten zahlreiche innenpolitische und auch internationale Themen zusammen.

FASCHISTISCHE ELEMENTE GREIFEN AN

Die Ermordung von Carlo Giuliani, dem ersten Toten bei Protesten in Italien seit 24 Jahren, machte die Demonstration am 21. Juli noch größer. Giulianis Tod eröffnete eine breite Debatte über die Rolle des Staatsapparates im Allgemeinen und die von Undercover-Polizei, Provokateuren und besonders Faschisten im Speziellen.

Bei den Fernsehshows am Abend nach den Protesten, zum Beispiel in RAI 3 und Genuas Fernsehsender Telecitta, sprachen viele AnruferInnen davon, dass sie Leute in zivil, manchmal schwarz gekleidet, gesehen hatten, die von der Polizei in verschiedene Teile der Stadt dirigiert wurden, und wie die Polizei nichts unternahm, um Angriffe auf Gebäude zu verhindern.

Der brutale nächtliche Überfall auf das Medienzentrum des Genua Social Forum (GSF), nachdem alle Demonstrationen vorbei waren, zusammen mit immer mehr Beweisen von illegalen Festnahmen und Folter an

DemonstrantInnen durch klar faschistische Teile der Sicherheitsdienste, brachte all diese Fragen zu einem Höhepunkt.

Viele ItalienerInnen erinnern sich sowohl an Mussolinis faschistischer Diktatur als auch daran, dass in den 25 Jahren bis 1960 94 ArbeiterInnen während Streiks und Protesten getötet wurden. Als dann Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre die ArbeiterInnenbewegung an Stärke zunahm, begannen die Faschisten und ihre Unterstützer bei der Polizei ihre terroristische "Strategie der Spannung", die zum faschistischen Bombenattentat auf den Bahnhof von Bologna führte, der 85 Menschen tötete.

Die "Mani Pulite" (Saubere Hände) - Untersuchungen Anfang der neunziger Jahre bestätigten die Existenz einer "sottogoverno" (Geheimregierung), die aus reaktionären Elementen innerhalb des Staatsapparates, der Streitkräften, politischen Parteien und Großkonzernen bestand.

Historisch hat es im italienischen Staatsapparat immer faschistische und rechtsextreme Elemente gegeben. 1992 stellte ein parlamentarischer Bericht über Gladio, eine geheime paramilitärische Gruppe innerhalb des Militärs, die von der NATO unterstützt wurde, fest, dass dies eine "bewaffnete Gruppe" war, die bei der faschistischen "Strategie der Spannung" half.

Jahrelang hatte die neofaschistische MSI, jene Partei, die von Mussolini-Anhängern nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden war, beachtliche Unterstützung innerhalb von Polizei und Militär. Anfang 1995 wandelte sich die MSI in die offiziell "postfaschistische" Nationale Allianz (AN) um, eine Partei, die ihren alten Namen immer noch sehr zur Schau stellt und jetzt Teil von Berlusconi's regierender Allianz "Haus der Freiheit" ist.

In Genua ergriffen einige dieser faschistischen Elemente klar die Gelegenheit die ihnen die neue rechte Regierung bot, um die Demonstration anzugreifen, und besonders, um den Marsch von 300.000 am 21. Juli zu zerschlagen.

Während dem G8-Gipfel begab sich Fini, der "postfaschistische" AN-Führer und jetzt stellvertretende Ministerpräsident plötzlich nach Genua, um das Kommando über die Sicherheitsoperationen zu übernehmen. Dies war kein Zufall. Genauso wenig, dass manche der im Medienzentrum illegal Festgenommenen gezwungen wurden, Mussolini-Bilder zu grüßen und das faschistische Lied Facetta Nera zu singen.

VERTEIDIGUNG GEGEN PROVOKATEURE

Die offensichtliche Verantwortung des Staates für die Zusammenstöße in Genua hat wieder die Frage in den Vordergrund gestellt, wie sich die anti-kapitalistische und die ArbeiterInnenbewegung gegen Provokateure verteidigen kann.

Zunächst einmal muss die Heuchelei der G8-Führer vollständig zurückgewiesen werden. Sie greifen Gewalt nur an, wenn es ihnen in den Kram passt. Wie sonst können sie erklären, zwischen ihnen in Genua ein glücklicher Putin saß, der persönlich für den Befehl zur endgültigen Zerstörung Grosnys, der tschetschenischen Hauptstadt, verantwortlich ist?

Aber was sollte die Haltung der ArbeiterInnenbewegung sein? Die Erklärung, die das CWI nach Göteborg herausgab (Keine Kriminalisierung der AntikapitalistInnen!) wies darauf hin, dass die Polizei-"Provokationen es schafften, einen kleinen Teil der Protestierenden zu verleiten, durch Angriffe auf Gebäude etc. in der Innenstadt von Göteborg zu reagieren. Wir verstehen zwar ihre Wut völlig, aber das Zerschlagen von Läden, Cafés und Restaurants ist nicht die Methode von SozialistInnen. Sie händigt der herrschenden Klasse Propagandawaffen aus, hilft ihr, AktivistInnen anzugreifen und neue Unterdrückungsmaßnahmen einzuführen. Es wird schon über die Beschränkung der Bewegungsfreiheit zwischen europäischen Ländern geredet.

SozialistInnen arbeiten am Aufbau einer organisierten Massenbewegung, die den Kapitalisten Eigentum an und Kontrolle über Gebäude wegnehmen und dessen kollektives Eigentum ermöglichen und ihre Verwendung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse statt der Profite der herrschenden Klasse ermöglichen kann. Das ist unser Ziel und nicht die Zerstörung von Eigentum."

In Genua erreichte die Provokation ein völlig neues Niveau. Von Anfang an handelte der italienische Staat sowohl mit dem Ziel die Protestierenden einzuschüchtern als auch um die italienische ArbeiterInnenbewegung unterzubuttern.

Schon vom Beginn des ImmigrantInnenmarsches provozierte Polizei, sobald die Demonstration sich in Bewegung setzte, luden sie Munition in ihre Tränengasgewehre.

Aber darüber hinaus ist es klar, dass die direkten und indirekten Agenten des Staats sicherzustellen versuchten, dass sich in den folgenden zwei Tagen Zusammenstöße entwickeln würden.

In Genua schaffte es eine Allianz aus Polizeiprovokateuren und Faschisten, einen Teil der wütendsten und unterdrücktesten Schichten zu nihilistischer Zerstörung von Eigentum, Zusammenstöße mit der Polizei und, was noch bedeutsamer ist, zu Zusammenstöße mit anderen DemonstrantInnen, besonders am Freitag mit dem Demo-Block der Cobas (dem kämpferischen gewerkschaftlichen Basis-Zusammenschluss) zu verleiten.

Bei der Demo am Samstag gab es viele Fälle, wo ArbeiterInnen Leute, die Steine zu werfen und Schaufenster einzuschlagen begannen, aus der Demo hinauswarfen. Aber große Teile des Marsches waren nicht organisiert um sich gegen die Polizei oder die Taten von Provokateuren zu verteidigen.

Der politische Grund dafür, dass die Polizeitaktik einen gewissen Erfolg hatte, war hauptsächlich, dass die Demonstrationen, besonders am Freitag, kein klares Ziel hatten, weder in Bezug darauf, was in Genua selbst geschah, noch darauf, was die nächsten Schritte nach dem G8-Gipfel sein sollten.

Der Umstand, dass weder die OrganisatorInnen des Marsches noch die PRC-FührerInnen eine Strategie dafür anboten, was nach der Demonstration am Samstag zu tun sei, hieß zweifellos, dass für eine Schicht von wütenden Jugendlichen, die Vergeltung für den Tod von Carlo Giuliani suchte, das Hauptziel der Kampf mit der Polizei und die Zerstörung von Gebäuden wurde.

Dies hat in der Antiglobalisierungsbewegung eine Krise hervorgerufen. Nach Genua veröffentlichte Attac international wochenlang überhaupt keine Erklärungen, und ihr wöchentliches internationales Bulletin Sand in the Wheels [Sand im Getriebe] erschien nicht. Noch mehr als nach Göteborg wurde die Gewalt in Genua von den "gemäßigten" und prokapitalistischen Elementen in der Antiglobalisierungsbewegung genutzt, um diese zu einer Strategie der Verhandlungen und Zusammenarbeit mit Teilen der Großkonzerne und Regierungen zu leiten.

BERLUSCONIS AUSFLÜCHTE

Von Anfang an versuchte der italienische Staat sowohl die Protestierenden als auch die italienische ArbeiterInnenbewegung einzuschüchtern. Obendrein stellten die direkten und indirekten Agenten des Staats sicher, dass in Genua Zusammenstöße stattfinden würden. Aber dies führte nicht zu exakt jenem Ergebnis, das der Staat erwartete. Die Zusammenstöße von Genua haben die italienische Gesellschaft weiter polarisiert und das Misstrauen gegen die Regierung vertieft.

Zuerst wischte die Berlusconi-Regierung Beschwerden über illegale Festnahmen und die Haftbedingungen beiseite und verhängte fünfjährige Einreiseverbote für Leute, die nicht einmal vor Gericht gestanden hatten.

Dies war klar in Bezug auf den Angriff auf das Medienzentrum des GSF Samstag Nacht zu sehen und die illegalen Festnahmen und die Bedingungen, unter denen Gefangene in Genua festgehalten wurden, veranschaulichten den Charakter der Berlusconi-Regierung. Berlusconi selbst versuchte, die Frage zu umgehen und verteidigte den Überfall immer noch, indem er sagte, "es gab keine Unterscheidung zwischen den zwei Gruppen".

Aber angesichts zunehmender Beweise von Polizeibrutalität und illegalen Festnahmen versetzte die Regierung drei Polizeikommandeure, während sie ihre Kampagne zur Kriminalisierung und Einschüchterung der Opposition fortsetzte und AusländerInnen die Schuld an der Gewalt gab.

BERLUSCONIS FALSCHES VERSPRECHEN

Aber diese "Anti-Gewalt"-Propagandakampagne wird die Berlusconi-Regierung nicht davor bewahren, von dem größer werdenden Widerspruch zwischen ihren Wahlversprechen und dem sich entwickelnden Wirtschaftsabschwung eingeholt zu werden.

Berlusconi-Koalition "Haus der Freiheit" gewann die Wahlen im Mai auf der Grundlage demagogischer populistischer Versprechen, Steuern zu senken, 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze innerhalb fünf Jahren zu schaffen, die Renten zu erhöhen und neue Infrastrukturprojekte durchzuführen.

Aber fast sofort musste sie die Erwartungen in der Bevölkerung dämpfen, hat gleichzeitig allerdings Steuersenkungen für Firmen durchgepeitscht.

Sowohl Steuersenkungen für die meisten Leute als auch höhere Renten wurden bis frühestens 2003 verhandelt, und die Rentenerhöhung geht vielleicht nur an die über 75. Es wird sehr schnell immer mehr Leuten klar werden, dass das "Haus der Freiheit" unfähig sein wird, seine freigebigen Wahlversprechen zu erfüllen.

Schon bevor die sich entwickelnde US-Rezession Europa wirklich trifft, geht Italiens Wirtschaft in die Krise. Im zweiten Quartal dieses Jahres fiel das italienische BIP um 0,1%, während die Industrieproduktion im Juni um 3,1% unter dem Wert des Vorjahres lag. Obendrein sind in der letzten Periode die Reallöhne meistens gefallen - ein Grund für die neue Stimmung, die sich unter den ArbeiterInnen entwickelt.

Aus dieser Lage ergeben sich neue Spannungen mit dem Rest der Europäischen Union (EU), besonders bezüglich des Euro und der Wirtschaftspolitik. Während dem jetzt endenden Boom hatte Italien eine niedrige Wachstumsrate. Das war das Ergebnis sowohl der Kürzungsmaßnahmen der Olivenbaum-Regierung, damit Italien beim Euro mitmachen könne, als auch des Umstandes, dass der Euro-Beitritt bedeutet, dass Italien nicht mehr seine Währung abwerten kann um konkurrenzfähig zu bleiben.

Die EU fordert jetzt Ausgabenkürzungen, da die neue Regierung zugibt, dass das Haushaltsdefizit dieses Jahr 1,9% des BIP betragen könnte, doppelt so hoch wie das unter dem Euro-Stabilitätspakt erlaubte Maximum. Der Gouverneur der Bank von Italien, Tazio, sagt jedoch, dass das Defizit eher bei 2,4% des BIP liegen wird, was den Druck zu kürzen durch die EU erhöhen würde.

Vor diesem Hintergrund ist es künftig möglich, dass Berlusconi eine nationalistische "Italien zuerst"-Kampagne gegen den Rest der EU beginnen wird. Es war bedeutsam, dass während des G8-Gipfel Berlusconi klar daran arbeitete, seine Regierung als Bushs Hauptverbündeten innerhalb des inneren Kerns der EU zu etablieren. Eine Widerspiegelung davon war, dass US-Bürger, die während der Genua-Protteste festgenommen wurden, innerhalb von Stunden von Botschaftsvertretern besucht wurden, ein Recht, das den Gefangenen aller anderen Nationalitäten versagt wurde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Berlusconi in der Zukunft

Unterstützung aus den USA in Konflikten mit anderen EU-Staaten suchen wird.

Die meisten Teile der italienischen Kapitalisten haben sich zumindest vorläufig hinter Berlusconis Vorhaben gesammelt, den Lebensstand anzugreifen. Aber immer noch trauen ihm viele nicht und fürchten, dass er sein Amt für seine eigenen persönlichen Interessen nutzen wird. Dies hat schon begonnen. Anfang August verabschiedete das Abgeordnetenhaus ein Gesetz zur Entkriminalisierung falscher Buchführung, was in der Praxis, wenn es auch durch den Senat geht, zwei der drei Anklagen beseitigen würde, die gegen Berlusconi noch bestehen. Es ist gut möglich, dass eine Verbindung neuer Skandale und wachsender Opposition die Berlusconi-Regierung stürzen wird.

WELCHER WEG VORWÄRTS FÜR DIE LINKE?

Jetzt hat in Italien eine Debatte in der Linken und der ArbeiterInnenbewegung über den Weg vorwärts nach der Niederlage des Olivenbaums und Genuas begonnen.

Die Demokratische Linke (DS), der Hauptteil der alten Kommunistischen Partei, die die Olivenbaum-Regierung beherrschte, erlitt im Mai einen großen Rückschlag. Sie ist jetzt im Vorfeld des für Ende des Jahres angesetzten Parteitags zunehmend gespalten. Sie hat drei Hauptströmungen: Nuova Sinistra (Neue Linke), geführt vom früheren Olivenbaum-Ministerpräsidenten D'Alema, die die "Sozialdemokratisierung" der Partei fortsetzen möchte; Nuovo Reformismo (Neuer Reformismus), geführt von Veltroni, dem neugewählten Bürgermeister von Rom, die die US-Demokraten als Modell ansieht, und Socialismo 2000, die verbleibende Linke innerhalb der DS unter Führung des früheren Olivenbaum-Arbeitsministers Salvi, die immer noch einflussreich innerhalb der CGIL ist, des größten Gewerkschaftsdachverbandes.

Innerhalb der Gewerkschaften tun sich auch Spaltungen auf. Die Führer von zwei kleineren Gewerkschaftsdachverbänden, CISL und UIL deuten an, dass sie bereit zu einem Abkommen mit der Berlusconi-Regierung über die Einführung von fest befristeten Arbeitsverträgen sind, die die CGIL bisher ablehnt.

Die Schlüsselfrage für viele ArbeiterInnen ist, was ist die Alternative zu Berlusconi? Der Hauptgrund für das Wahlergebnis vom Mai war die fünfjährige Erfahrung der italienischen ArbeiterInnen mit der Olivenbaum-Regierung mit Lohnbeschränkung und Europas größten Privatisierungsprogramm. Es reicht nicht einfach die Niederlage der Berlusconi-Regierung zu fordern, weil der Olivenbaum keine Alternative ist.

Die fünf Amtsjahre des Olivenbaums haben die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Bewegung gezeigt und die PRC ist in einer Schlüsselstellung dafür. Die 1991 gegründete PRC genoss den bisher größten Zuwachs während und nach der ersten Berlusconi-Regierung 1994. Aber dann, als der Olivenbaum 1996 ins Amt kam, unterstützten die PRC-Führer 18 Monate lang die Angriffe der Regierung auf den Lebensstandard. Wie die PRC-Zeitung *Liberazione* damals hervorhob: "Wir haben für Kürzungen im Umfang von 100 Billionen Lire gestimmt" [etwa 100 Milliarden DM] und dies war ein Schlüsselfaktor bei ihrem niedrigen Stimmenergebnis bei den Wahlen im Mai.

Jetzt hat die PRC eine weitere Gelegenheit, Unterstützung aufzubauen, aber ihre Führer scheinen zu zögern, eine kämpferische sozialistische Opposition aufzubauen.

Gegenwärtig hat die PRC eine Kampagne unter dem Namen "Eine andere Linke ist möglich", die viele Fragen wie die Wiederherstellung der automatischen Lohnanpassung an die Preise, eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Soziallohn für Arbeitslose, höhere Renten, verbessertes Bildungs- und Gesundheitswesen, Verteidigung der Umwelt und "gegen kapitalistische Globalisierung" aufgreift. Aber trotz dem Titel der Kampagne und ihrem Angriff auf die "kapitalistische Globalisierung", findet sie nicht im Rahmen eines Eintretens für eine sozialistische Alternative statt.

Das Material, das die PRC speziell für Antiglobalisierungsproteste in Genua produziert hatte erwähnte nicht einmal den Kapitalismus, vom Eintreten für eine sozialistische Alternative ganz zu schweigen. Tatsächlich übernahm die PRC einfach die Parole des Genua-Sozialforums (GSF), dass "eine andere Welt möglich ist", ohne die entscheidenden Fragen zu stellen, was für eine "andere Welt" wir wollen und wie wir sie kriegen können. Jetzt scheinen die PRC-Führer das Ziel zu haben, in ganz Italien Strukturen nach dem Modell des im letzten Januar in Porto Alegre (Brasilien) abgehaltenen Weltsozialforums und des GSF aufzubauen. In

Genua rief PRC-Führer Bertinotti zu "neuem Denken" in der Politik und "neuen Parteistrukturen" auf, ohne wirklich anzuzeigen, in welche Richtung die Partei seiner Meinung nach gehen soll.

Es ist notwendig, breite Unterstützung aufzubauen, aber wenn das vom Fallenlassen sozialistischer Politik begleitet wird, wird das Ergebnis sein, dass diese neuen Bewegungen nicht in der Lage sein werden, die "andere Welt" zu schaffen, die sie ersehnen.

Die alten Kommunistischen Parteien in Italien und anderswo schafften es nicht, die Gesellschaft zu ändern, weil sie zuerst ihre Programme in eine Sammlung von Tagesforderungen und das langfristige Ziel des Sozialismus teilten, etwas was früher die alten sozialdemokratischen Parteien gemacht hatten. Dann wurde für ihre Führer das Ziel des Sozialismus immer entfernter und sie versuchten zunehmend, innerhalb des Kapitalismus zu arbeiten. Dies hieß, dass diese Parteien in Zeiten der Krise nicht in der Lage waren, die Probleme zu lösen, vor denen die Arbeiterklasse stand. Schließlich wurden die meisten dieser Parteien völlig von prokapitalistischen Politikern übernommen, wie es in Italien mit der Umwandlung der alten PCI in die heutige DS der Fall war.

Die PRC muss daraus ihre Lehren ziehen. Heute genießt die PRC wachsende Unterstützung, aber sie darf nicht in die selbe Falle gehen wie die alten KPs. Es gibt die Gefahr, dass die Sozialforen, die in verschiedenen Städten geschaffen werden, die Mechanismen sein werden, durch die die PRC hin zur Teilnahme an Oppositionskoalitionen gezogen wird, die letztlich den Kapitalismus nicht herausfordern.

Die PRC muss ihre Forderungen mit der Frage des Sturzes des Kapitalismus verbinden und erklären, dass ohne das alle heute gewonnenen Verbesserungen nur vorübergehend sein können. Dies bedeutet keine Ablehnung des Abwehrkampfes gegen die Angriffe durch die Berlusconi-Regierung oder des Kampfes für einen höheren Lebensstandard jetzt. Es bedeutet auch keine Ablehnung von befristeten Kampfbündnissen mit verschiedenen Kräften zu bestimmten Fragen.

Diese Strategie ist der wirkliche Weg, um zu zeigen, dass die PRC "eine andere Linke" ist, eine Linke, die es mit der Schaffung einer "anderen Welt" ernst meint. Dies erfordert den Aufbau einer antikapitalistischen Massenbewegung, die als Hauptpunkt in ihrem Programm die Schaffung einer Regierung hat, die die Macht der Kapitalisten brechen und die Grundlage für den Sozialismus schaffen wird.

Heute gibt in Italien die Verbindung einer neuen Radikalisierung, der Berlusconi-Regierung und vor allem der sich entwickelnden Wirtschaftskrise der PRC eine große Gelegenheit, einen qualitativen Schritt nach vorne zu machen. Aber um sie zu nutzen, sind sowohl ein klares sozialistisches Programm als auch ein kühner Aktionsplan erforderlich.

DIE TÄTIGKEIT DES CWI IN GENUA NACH CARLO GIULANIS TOD

Sofort nach der Erschießung Carlo Giulanis brachte die CWI-Gruppe in Genua die folgenden vier Parolen vor, sowohl auf eigens produzierten Plakaten als auch auf einer Massenversammlung, die in der Nacht am "Konvergenzpunkt" des GSF abgehalten wurde:

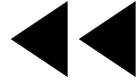
- + Entlarvung der Polizeiprovokationen und -angriffe - für eine unabhängige Untersuchung durch die ArbeiterInnen
- + Durch Morde werden sich die G8-Führer nicht retten
- + Massenaktion zur Verteidigung des Demonstrationsrechts
- + Mindestens 24-stündiger Generalstreik in der nächsten Woche als Schritt zum Aufbau der Bewegung

Die Forderung nach einem Generalstreik erhielt allgemein eine sehr gute Resonanz, aber die OrganisatorInnen der Genua-Proteste griffen sie nicht auf.

Sie riefen zwar zu Demonstrationen am folgenden Dienstag Abend auf, wollten aber nicht weitergehen und ließen nach dem Dienstag bis September Aktionen bleiben.

Dieses Versagen, eine Initiative zu ergreifen, hieß, dass eine Gelegenheit verloren wurde, die Anti-Berlusconi-Bewegung sofort weiterzubringen. Diesen Fehler beging nicht nur das GSF, sondern auch die PRC-Führer, einschließlich von ein paar "linken". Manche linken PRC-Führer sagten uns Freitag Nacht, dass die Frage eines Generalstreiks zwar eine "interessante Idee" sei, hielten es aber für ihre Hauptaufgabe, die Demo am nächsten Tag friedlich zu halten. Sie griffen die Frage nicht auf, was man von den DemonstrantInnen fordern sollte, wenn sie wieder zu Hause und in ihren Betrieben sind.

WIE DIE ANTIKAPITALISTISCHE BEWEGUNG AUFBAUEN?



Weltweit regiert die Macht von Banken und Konzernen. Für ihren Profit nehmen sie keine Rücksicht auf die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen und die Bedürfnisse der Umwelt.

Doch Gegenwehr entsteht: Die Demonstrationen von Seattle, Nizza, Prag, Quebec oder Göteborg hatten eine klare Botschaft: Wir wollen eine andere Welt und ein anderes Europa! Wir wollen nicht, dass abgehobene Politiker und Wirtschaftsbosse über unser Leben und unsere Zukunft entscheiden. Wir mischen uns ein und wollen eine Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne aufbauen.

Die Entwicklung bestätigt jene Analyse, die die SAV und das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale, internationale Organisation, deren Mitglied die SAV ist) bereits Anfang der 90er Jahre als Antwort auf die nichtssagende Idee von Francis Fukuyama entwickelt hatte, als dieser meinte, wir hätten das "Ende der Geschichte" erreicht.

Damals analysierten wir, dass das Vertrauen in eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus durch die Auswirkungen des Sturzes der Regime im Ostblock, durch die darauf folgende Privatisierung ganzer Volkswirtschaften, aber auch durch die abscheulichen stalinistischen Regime stark beschädigt worden war. Dies alles ermöglichte den herrschenden Klassen die Durchführung einer Kampagne mit dem Ziel den Sozialismus zu diskreditieren und die Vorstellung, es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus, wieder zu verankern. Die brutale Anwendung und die Verstärkung neoliberaler Politik war nur möglich, weil die Menschen das Gefühl hatten, es gäbe keine Alternative dazu.

Gleichzeitig kapitulierten die Führungen der Gewerkschaften und ehemaligen Arbeiterparteien vor dem Kapitalismus. Sie boten keine Alternative, sondern arrangierten sich mit dem System. In der Vergangenheit hat die Arbeiterbewegung den internationalen Kampf gegen Kapitalismus angeführt. Bereits 1864 gründete sich die erste internationale Organisation: Die Internationale Arbeiterassoziation.

In den jetzigen antikapitalistischen Protesten nimmt die Arbeiterklasse bislang nur begrenzt als Klasse teil. Dennoch stellt diese Bewegung einen

Fortschritt dar. Sie ist anders als jene, die sich in den 90er Jahren entwickelten. Damals waren es Bewegungen zu einzelnen Fragen, es wurden die Folgen des Kapitalismus hervorgehoben, allerdings meist nur auf ein Thema, wie zum Beispiel Antifa-Arbeit, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel oder die Atomindustrie beschränkt. Im Gegensatz dazu stellt die aktuelle Bewegung den ersten Versuch eines verallgemeinerten Widerstandes gegen die Folgen der neoliberalen Politik dar. Sie ist sich einerseits im Klaren darüber, wogegen sie in Opposition ist, aber andererseits herrscht Unklarheit oder Alternativlosigkeit darüber, wodurch das System zu ersetzen sei.

Die Frage, wie die Bewegung weitergehen wird und für welche Forderungen sie sich einsetzen wird, ist von entscheidender Bedeutung. Die Demonstrationen und Blockaden der Gipfel von G7/G8, EU, IWF oder Weltbank sind ein Ausdruck der gestiegenen Radikalisierung der Bewegung. Sie sind ein Fortschritt gegenüber den symbolischen Protesten in Amsterdam oder Köln. Doch die Bewegung kann nicht dabei stehen bleiben. Die Herrschenden werden reagieren. Und sei es, dass sie jedes Treffen nach Katar verlegen (wie das Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) in diesem Herbst), wo es kein Demonstrationsrecht gibt oder mit noch massiverer Gewalt gegen die Proteste vorgehen. Allein durch Demonstrationen werden die Herrschenden nicht von ihrer neoliberalen Politik ablassen. Entscheidend wird das Eintreten für eine Alternative sein, die die Massen mobilisieren kann.

Diskussionen über die Frage der Forderungen, des Programms und der gesellschaftlichen Alternative haben begonnen. Die SAV will zu dieser Diskussion einen Beitrag leisten.

TOBIN-STEUER

Eine Forderung, die zur Zeit stark diskutiert wird, ist eine Steuer für alle Devisentransaktionen: Die "Tobin-Steuer", benannt nach dem US-Ökonomen, der sie 1972 vorschlug. Tobin geht davon aus, dass kurzfristige Anlagen eine destabilisierende Wirkung auf die Finanzmärkte haben und dort permanente Kursschwankungen verursachen. Von den 1,5 Billionen Dollar, die pro Börsentag zwischen den Finanzzentren hin- und hergeschoben werden, sind 80 Prozent solche kurzfristige Anlagen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Monaten, häufig sogar nur von Stunden. Die Anleger versuchen dabei, geringste Kursunterschiede bei Devisen, Aktien

und Wertpapieren auszunutzen, oder sie spekulieren auf zukünftige Kursunterschiede. Wenn der Wechselkurs zwischen Dollar und Yen in Hongkong nur für ein paar Stunden eine Differenz von 1 Prozent zu Tokio ausmacht, kann man mit 100 Millionen per Mausclick eine Million Gewinn machen. Besteuert werden soll bei jedem Grenzübertritt von Kapital.

Ramonet, einer der Gründer von ATTAC, schreibt, "bei 0,1 Prozent würde die Tobin-Steuer etwa 166 Milliarden Dollar im Jahr bringen, das doppelte des jährlich erfordernten Betrags, um die schlimmste Armut zum Ende des Jahrhunderts abzuschaffen." Ramonet sprach übrigens vom Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, also vor einem Jahr. Das zeigt, dass die Ressourcen vorhanden sind, die Lebensbedingungen der 1,2 Milliarden Menschen zu verbessern, die laut UN gegenwärtig in "äußerster Armut" leben.

Forderungen nach einer tobinartigen Steuer haben eine größere Resonanz erhalten. Ende Januar 2001 haben der DGB und der amerikanische AFL-CIO eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die eine "Besteuerung von Devisentransaktionen" fordert. ATTAC hat Gruppen von Parlamentariern aus dem Europa-Parlament für seine Forderung gewonnen.

Wir unterstützen jede Maßnahme, die zur Umverteilung von oben nach unten beiträgt, doch die Einführung selbst einer solch geringen Steuer würde schon zu massiven Widerstand der Kapitalistenklasse führen. Auch wenn die Steuer ein Mal eingenommen ist bleibt die Frage, wie sie verteilt wird. Wer kontrolliert sie? Auch jetzt werden schließlich Steuergelder nicht im unseren Interessen verwandt, sondern in denen des Kapitals.

Bei großen Konzernen wie Siemens, Deutsche Bank oder General Electric gibt es keinen Unterschied zwischen "Finanz"- oder Industriekapital. Es sind wie Siemens Elektrokonzerne mit Banken oder wie die Deutsche Bank, Banken, die enorme Industriebeteiligungen halten.

Auch müsste man für die Feststellung, was nun spekulatives Kapital und was nun investives Kapital ist, die Geschäftsbücher der Konzerne öffnen. Dies wird sich kein Konzern freiwillig gefallen lassen.

Wir setzen uns für die Abschaffung aller Verbrauchssteuern und die Einführung einer stark progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen ein. Doch die Probleme können nicht einfach durch Umverteilung beseitigt werden, daher schlagen wir die Überführung von

Banken und Konzernen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung vor. Es gibt keinen Weg daran vorbei, die Eigentumsverhältnisse zu ändern, wenn man die Macht der Banken und Konzerne brechen will.

SIND IWF, WTO ODER WELTBANK REFORMIERBAR?

Organisationen wie ATTAC und Kirchen- und liberale/humanistische Gruppen vertreten tendenziell die Idee, dass Regierungen zur Reform von kapitalistischen Schlüsselinstitutionen wie WTO, Weltbank und IWF überzeugt werden können.

Internationale kapitalistische Institutionen wie die EU, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds waren Instrumente dabei, die neoliberale Agenda in Afrika, Asien, Lateinamerika und in den letzten Jahren auch in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion durchzusetzen.

Eine unendlich lange Liste von Ländern hat eine wirtschaftliche Übernahme erlebt. Nationen wurden dazu gezwungen Handelsbarrieren abzubauen, öffentlichen Besitz zu verscheuern und Sozialausgaben zu kürzen. Tatsächlich regiert der IWF zur Zeit mindestens 75 der ärmsten Entwicklungsländer der Welt. Und das nennt sich dann "Demokratie"!

Der Kapitalismus beruht auf Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Wenn die herrschende Klasse Institutionen wie IWF oder Weltbank schafft, so werden diese in ihrem Sinne eingesetzt: Zur Maximierung von Profit. IWF und Weltbank arbeiten nicht falsch, sondern für die Interessen einer kleinen Minderheit. Sie sind Ausdruck gegensätzlicher Interessen zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten.

Während manche kosmetischen Änderungen an diesen Gremien als zynischer Versuch zur Besänftigung der öffentlichen Meinung gemacht werden können, werden sie grundlegend Werkzeuge der kapitalistischen Großmächte und multinationalen Konzerne bleiben. Die Forderung der "Reform" dieser Institutionen ist eine Sackgasse. Die Antwort auf die Frage, wie sie reformiert werden sollen, bleiben die Befürworter einer "Reform" auch schuldig.

Die SAV fordert die Auflösung von WTO, IWF und Weltbank. Hinter ihnen stecken die Profitinteressen der Banken und Konzerne. Der Kampf gegen sie muss verbunden werden mit einem Kampf gegen den globalen Kapitalismus. Wir setzen uns ein für eine demokratisch geplante und kontrollierte Verwaltung und Verteilung der Ressourcen.

VERTEIDIGUNG DER "SOVERÄNITÄT DER STAATEN"

Neu entstandene Organisationen wie ATTAC haben einen wichtigen Beitrag für die antikapitalistische Bewegung geleistet: Sie haben gezeigt, wie die WTO oder die EU Schranken niederbrechen, um die Privatisierung auszudehnen und den imperialistischen Mächten die Steigerung ihrer Ausbeutung der neokolonialen Welt zu erlauben.

In seiner internationalen Plattform stellt ATTAC die Forderung "Ablehnung jeder neuen Aufgabe nationaler Souveränität unter dem Vorwand der "Rechte" von Investoren und Händlern" auf. Dies geht einher mit Äußerungen wie "Lasst uns einen altruistischen Protektionismus erfinden, gegen die Wucherung des Welthandels", von ATTAC-Mitbegründer Bernard Cassen (Le Monde diplomatique, Februar 2000).

Soll nun die antikapitalistische Bewegung für die Verteidigung staatlicher Souveränität eintreten, als eine Strategie gegen die Politik von IWF oder Weltbank?

In der "Dritten Welt" lehnen wir die ausländische Beherrschung der Wirtschaft, die imperialistischen Forderungen nach "Öffnung der Wirtschaft" und das ab, was in manchen Ländern praktisch eine wirtschaftliche Rekolonialisierung ist. Aber begrenzte Zölle, Importkontrollen und andere Maßnahmen werden der arbeitenden Bevölkerung und der armen Landbevölkerung langfristig nicht helfen. Diese Typen von Teilmaßnahmen brechen das Land letztlich nicht aus der imperialistischen Vorherrschaft heraus und bieten auch keinen Entwicklungsweg. Gewöhnlich werden sie Mittel, den örtlichen Kapitalisten Extraprofite zu ermöglichen, durch höhere Preise und/oder Korruption bei der Verteilung von Importlizenzen.

Wir stehen für ein staatliches Außenhandelsmonopol als Teil einer demokratisch geplanten Wirtschaft, um die Entwicklung des Landes im Interesse

der Arbeiterkasse und der Landarmut zu beginnen. Natürlich ist die Frage demokratischer Kontrolle und des Kampfes gegen Korruption auch sehr wichtig, sonst könnte ein staatliches Außenhandelsmonopol als ein anderes Mittel für Beamte und Politiker kritisiert werden, Bestechungsgelder zu kassieren.

Aber in einem führenden imperialistischen Land wie Frankreich die Idee der Verteidigung der "Souveränität der Staaten" aufzuwerfen, eröffnet den Weg, sich auf die Seite der nationalen gegen ausländische Kapitalisten zu schlagen und öffnet auch dem Nationalismus Tür und Tor. Langfristig kann diese Art Ideen, denen die Verteidigung jeder kapitalistischen Nation zugrunde liegt, in der Tat dem Ziel des Aufbaus einer internationalen Bewegung aller Ausgebeuteten entgegenlaufen.

Die Arbeiterklasse kann nicht gegen "Rechte" von Investoren und Händlern" einfach auf der Grundlage von "nationaler Souveränität" sein. Wir lehnen zwar immer die imperialistische Ausbeutung von Ländern ab, versuchen aber, eine sozialistische Alternative auf der Grundlage eines Kampfs zum Sturz des Kapitalismus zu erklären, sowohl national als auch international. In diesem Kampf muss die Arbeiterklasse, besonders in immer noch weitgehend bäuerlichen neokolonialen Ländern, eine Bewegung zum Bruch mit Großgrundbesitz und Kapitalismus führen, nicht einfach "nationale Souveränität" verteidigen.

WIE SOLL SICH DIE BEWEGUNG ORGANISIEREN?

Was die neue Bewegung ausmacht ist auch ihre Organisation. Abgestoßen von den undemokratischen Strukturen der etablierten Parteien oder einiger Gewerkschaften werden neue Wege der Organisation gesucht.

So versteht sich Peoples Global Action (PGA) "als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, das heißt, die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen (bspw. ob und in welcher Form sie an Globalen Aktionstagen teilnehmen, solange sie sich im Einklang mit PGA-Prinzipien befinden), es gibt weder eine Mitgliedschaft noch ein "ZK", welches Aktionen zentral plant und dann an die jeweiligen

Gruppen zur Ausführung weiterleitet." Einige gehen noch weiter, in dem sie jede Form von Struktur oder Koordination ablehnen, um jedem die größtmögliche Freiheit einzuräumen.

Wir stimmen in der Ablehnung bürokratischer und undemokratischer Strukturen überein, doch ohne zentrale Koordination und Abstimmung sind viele Protestformen sinnlos.

Soll zum Beispiel ein Gipfel blockiert werden, so ist eine Abstimmung erforderlich, welche Kreuzungen besetzt gehalten werden sollen. Vor allem ist es notwendig einen gemeinsamen Beginn und Ende zu bestimmen. Es kann letztlich nicht die Entscheidung eines einzelnen Blockadepunktes sein, die Blockade zu beenden.

Demokratische Strukturen müssen rechtzeitig vor, während und zwischen Massenprotesten geschaffen werden, um sicherzustellen, dass alle mitreden und an der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Eine demokratische Organisation erlaubt eine wirkliche Diskussion über Taktiken, einschließlich der Vorbereitung von Ordnerdiensten und der Verteidigung von Demonstrationen und anderer Proteste, und auch Pläne, auf die man ausweichen kann. Eine demokratische Organisation erlaubt auch eine volle Diskussion darüber, welche Forderungen, Losungen und Programme die antikapitalistische Bewegung annehmen sollte.

Die SAV hat eine lange Tradition der Arbeit für diese Ziele innerhalb breiterer Bewegungen und auch der Initiierung zu breiten demokratischen Strukturen wie Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) in den neunziger Jahren. JRE war demokratisch und die Leute einbeziehend und hielt gut organisierte Konferenzen ab. Sie nahm auch eine verantwortliche Stellung gegenüber Massenprotesten ein und organisierte effektive und disziplinierte Ordnerdienste.

Wir setzen uns für eine demokratische Entscheidungsfindung in allen Stadien ein. Es ist wichtig klar zu haben, wo welche Entscheidungen getroffen werden. Sonst trifft eine undemokratische Clique alle Entscheidungen. Gute Organisation ist auch wegen der Verantwortung, die man für die TeilnehmerInnen an solchen Protesten hat, notwendig. OrdnerInnen, SanitärerInnen und gute funktionierende Informationsstrukturen, zu denen alle Zugang haben, sind dafür notwendig.

AKTIONSFORMEN

In der Bewegung gab es bislang immer wieder direkte Aktionen wie Straßenblockaden und Konfrontationen mit der Polizei. Koordination gab es dabei nur begrenzt. Anarchistische Gruppen und die von ihren Ideen beeinflussten argumentieren, dass die Bewegung keine Führer brauche und nur "Selbstorganisation" erfordere. Aber die Realität ist, dass die Proteste nicht spontan stattfinden, dass sie organisiert sind (wie könnten sie sonst stattfinden?) und Flugblätter geschrieben, Webseiten aktualisiert werden und so weiter.

Die SAV ist für direkte Aktionen oder, um genauer zu sein, wir befürworten die kollektive Massenaktion der Arbeiterklasse und Jugend.

Blockadeaktionen werden sicherlich von vielen sympathisch betrachtet, doch Anschläge auf McDonalds Filialen sicher nicht. Solche Aktionen, die von Polizeispitzeln oder vereinzelt AktivistInnen der autonomen Szene durchgeführt werden, sind nicht hilfreich, die Proteste auf eine breitere Basis zu stellen.

Einzelaktionen sind einerseits Ausdruck mangelnden Vertrauens in die Massen und die Unfähigkeit sie zu mobilisieren, drücken aber aus, dass eine kleine Minderheit sich als Elite versteht, die die Masse ersetzen kann. Wir lehnen solche Einzelaktionen ab. Sie helfen den Herrschenden, die Bewegung zu diskreditieren und schrecken bislang Unbeteiligte ab, sich einzumischen. Letztlich sind solche Randalen auch undemokratisch. Die Mehrheit der Protestierenden hat daran kein Interesse, doch kann sich eine kleine Minderheit durchsetzen.

DIE ORIENTIERUNG AUF DIE ARBEITERKLASSE

Auch die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung gelang bislang nur in Ansätzen. In Prag (im September 2000) war sie kaum vorhanden. Wir halten es für notwendig, sich mit lokalen ArbeiterInnen und Jugendlichen zu verbinden, um wirklich eine Kraft zu werden, die die Versuche des Staats besiegen kann, die Protestierenden an den Rand zu drängen und von den ArbeiterInnen wegzudrängen.

Die SAV hält dies für einen entscheidenden Punkt. Zum Beispiel organisierte in Melbourne unsere australische Schwesterpartei, die Socialist Party, während der Proteste gegen den IWF einen Schülerstreik und mobilisierte unter BauarbeiterInnen. In Göteborg gehörte unsere Partei von Anbeginn zum Bündnis "GBG 2001" und mobilisierte massiv in Göteborg selbst.

Die Arbeiterklasse ist bislang nur wenig in die Proteste einbezogen. Wir halten die Einbeziehung der Arbeiterklasse für wichtig, damit die Bewegung zum Erfolg führen kann. Schließlich ist die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die in der Lage ist den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Nicht nur, weil sie zahlenmäßig der weitaus größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ist, sondern auch, weil sie durch ihre Rolle im Produktionsprozess die potenziell stärkste ökonomische Macht der Kapitalisten darstellt und ein kollektives Klassenbewusstsein entwickeln kann.

DIE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Die Antiglobalisierungsbewegung hat bisher einige wichtige Kritiker, wie Bordieu, Klein, Forrester oder Bello hervorgebracht. Sie alle haben schärfste Kritik an den Auswirkungen des Neoliberalismus geäußert. Doch eine gesellschaftliche Alternative bieten sie nicht.

In einem Artikel zu den Protesten gegen die FTAA-Tagung in Quebec im April 2001 schreibt Naomi Klein: "Glücklicherweise widerstehen die Demonstranten dem Druck, eine einzige Alternative gegen den Freihandel für sich zu beanspruchen und verteidigen demgegenüber das Recht auf individuelle globale Unterschiede und Selbstbestimmung. Es gibt nicht eine Lösung, sondern Tausende." Genau dies ist das Problem der sich entwickelnden Bewegung: Sie weiß, wogegen sie ist, aber noch nicht wofür.

Unserer Meinung nach stellt sich die Herausforderung, allen Menschen Nahrung, Wohnung und soziale Absicherung unter ökologisch tragbaren Verhältnissen zu bieten. Dies setzt eine enorme Entwicklung der Gesellschaft voraus. Aber dies bedeutet auch, dass die Menschheit die Ressourcen dieses Planeten teilt und das ist nur möglich, wenn die Produktion national, kontinental und im Weltmaßstab geplant und organisiert wird. Das ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich. Es wirft die Frage von weltweitem Sozialismus auf. Der globale Kampf dafür ist die wirkliche Antwort auf den globalisierten, habgierigen Kapitalismus.

Viele Menschen heute sind abgestoßen vom Stalinismus und seinem historischen Vermächtnis. Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion waren geplante Wirtschaften, die einerseits bei der Entwicklung der Gesellschaft und bis zu einem gewissen Maß auch des Lebensstandards der Menschen ihre Vorteile zeigte. Aber der Stalinismus belastete die Gesellschaft auch mit einem totalitärem Ein-Parteien-Regime, das nichts mit Sozialismus zu tun hatte.

Wir streben den Aufbau einer Gesellschaft an, wo die Konzerne, die das Leben der Mehrheit auf diesem Planeten kontrollieren, im Besitz der Mehrheit stehen und von dieser demokratisch kontrolliert werden.

Dies aber ist unvorstellbar, wenn nicht gleichzeitig die breitest mögliche Demokratie existiert. Die "VertreterInnen" der Menschen wären verantwortlich, sie könnten jederzeit gewählt und abgewählt werden und dürften nicht mehr als ein durchschnittliches Einkommen verdienen.

Die Arbeiterklasse ist die wichtigste Kraft in der Gesellschaft, die jene Änderung herbeiführen kann. Sie sind die Mehrheit in der Gesellschaft und sie sind nicht nur ProduzentInnen, sondern machen auch den Großteil der "KonsumentInnen" aus.

Die Mitglieder und UnterstützerInnen der SAV und des CWI, haben vom Beginn der ersten Bewegungen in London und Seattle, bei allen bedeutenden Demonstrationen teilgenommen und waren bestrebt, die Anti-Globalisierungs-Bewegung zu stärken.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass die Zeit reif ist, über eine "Anti-System"-Stimmung hinauszugehen - hin zu einem ausdrücklich sozialistischen Ansatz. Auf Quebec und Göteborg folgen dieses Jahr große anti-kapitalistische Demonstrationen in Genua im Juli und Brüssel im Dezember. Die Zeit bis dahin darf nicht nur für Organisierung der Demonstrationen und das Auftreten gegen die Repräsentanten des globalen Kapitalismus verwandt werden.

Die Zeit sollte genutzt werden für Diskussionen über Programm und gesellschaftliche Alternative. Unserer Meinung schreien die globalen Probleme nach einer Antwort: Der Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft von unten, in der nicht mehr der Profit, sondern das Wohl von Mensch und Umwelt zählt.

ANHANG

Peoples Global Action (PGA)

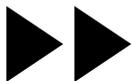
PGA versteht sich als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, das heißt, die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen. Es gibt keine Mitgliedschaft und zentrale Planung von Aktionen. Grundsätze von PGA sind: **1.)** Eine deutliche Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen (wie APEC, EU, NAFTA usw.) als aktive Institutionen einer sozial und ökologisch zerstörerischen Globalisierung **2.)** Ablehnung der Herrschafts- und Diskriminierungssysteme, inklusive aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art **3.)** Ein Aufruf zum gewaltlosen zivilen Ungehorsam und zum Aufbau von lokalen Alternativen durch die örtliche Bevölkerung als Antwort auf die Aktivitäten von Regierungen und Konzernen **4.)** Eine dezentrale und autonome Organisationsphilosophie

Indymedia

Indymedia ist unabhängige nichtkommerzielle Berichterstattung von unten über wichtige soziale und politische Themen vor Ort und weltweit. Hunderte von Medieninitiativen und AktivistInnen sind daran beteiligt. Indymedia versteht sich als ein internationales hierarchiefreies Netzwerk und als Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung. Hintergrund ist die etablierte Medienmacht. Auf ihrer Website heißt es: "Medienkonzerne verbreiten über unzählige Kanäle ihre vielfach durch politische u./o. wirtschaftliche Interessen gefärbten Informationen und konstruieren somit kraft ihrer Definitionsmacht ein Bild der Realität, das teilweise in krassem Gegensatz zu einer von vielen Menschen ganz anders erlebten Wirklichkeit steht. (...) Indymedia versteht sich als ein emanzipatorisches, unabhängiges Mediennetzwerk ohne kommerzielle Interessen (...), mit dem zentralen Ansatz, Gegenöffentlichkeit zu schaffen."

ATTAC

ATTAC - die französische Abkürzung für "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen" - ist eine internationale Organisation. Ausgehend von Frankreich gibt es Gruppen in 26 Ländern. In Frankreich hat ATTAC 30.000 Mitglieder, in anderen Ländern ist es mehr ein Zusammenschluss von Organisationen. Zentrale Themen von ATTAC sind die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen (Tobin-Steuer, siehe Text), die Unterbindung von Steuerflucht und der Schuldenerlass für die "Entwicklungsländer".



DIE AUFGABEN DER ANTIKAPITALISTISCHEN BEWEGUNG NACH GENUA - WIE WEITER?

Dieser Text ist die ausführliche Fassung eines von Sascha Stanicic, Mitglied der Bundesleitung der deutschen Schwesterpartei der SLP, der SAV, in einer Voran Sondernummer im August 2001 veröffentlichten Artikels.

"Alle, die an der Demonstration von 300.000 gegen den G8-Gipfel am 21. Juli diesen Jahres teilgenommen haben, werden darauf als einen historischen Tag zurückblicken - einen Höhepunkt. Danach wird nichts mehr so sein wie zuvor - in den Leben der TeilnehmerInnen, in der antikapitalistischen Bewegung oder in Italien." (Clare Doyle, Komitee für eine Arbeiterinternationale)

Die Demonstrationen von Genua waren ein großer Erfolg für die globale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Am 21. Juli demonstrierten 300.000 Menschen aus aller Welt, vor allem aber italienische ArbeiterInnen und Jugendliche - mehr als doppelt so viele wie erwartet. Damit hat die antikapitalistische Bewegung einen neuen Höhepunkt erreicht und die Reichen und Mächtigen der Welt einmal mehr in Angst und Schrecken versetzt.

Genua hat sie mit noch größerer Sorge erfüllt, als vorherige Proteste. Nicht nur wegen der Größe der Demonstrationen, sondern vor allem weil in Genua ansatzweise der Brückenschlag der antikapitalistischen AktivistInnen zur Arbeiterklasse stattfand. 90 Prozent der DemonstrantInnen kamen aus Italien. Die linksreformistische "Partei der kommunistischen Neugründung" (Rifondazione Comunista), die unabhängigen Basisgewerkschaften COBAS, die Metallarbeitergewerkschaft (Fiom) spielten eine entscheidende Rolle auf den Demonstrationen. So waren die Proteste nicht nur gegen die G8 gerichtet, sondern auch gegen die neue Rechtsregierung unter dem Medienmogul Silvio Berlusconi.

STAATSGEWALT

Diese reagierte unmissverständlich auf den massenhaften Protest von unten: die Polizei griff die Demonstrationen permanent mit Tränengas an, der Demonstrant Carlo Giuliani wurde erschossen, hunderte verhaftet, verprügelt, gefoltert.

Doch die Herrschenden konnten nicht verhindern, dass die Botschaft von Genua die ganze Welt erreichte: eine andere Welt ist möglich! Eine Welt ohne Armut, Hunger und Ausbeutung.

Die Herrschenden hatten eine klare Strategie, um diese Botschaft im Geschrei über Gewaltausbrüche unhörbar zu machen. Sie setzten Polizeiprovokateure ein und ließen Faschisten auf den Demonstrationen wüten, um ein Bild der Eskalation und der Gewalt über die Medien verbreiten zu können. Damit verfolgten sie ein deutliches Ziel: sie wollten die Demonstration und die ganze antikapitalistische Bewegung in den Augen der Massen diskreditieren, sie wollten die AktivistInnen, die sich an den Demonstrationen beteiligten, einschüchtern und die Aufmärsche mit Gewalt zerschlagen, sie wollten die Bewegung in sogenannte "Gewaltlose" und "Gewalttätige" spalten. Diese Spaltung dient auch dazu, die politisch moderateren Teile der Bewegung in das kapitalistische Establishment weiter einzubinden.

Doch mit all ihrem Geld, ihrer Macht und Kontrolle über Zeitungen und Fernsehsender konnten die Herrschenden nicht verhindern, dass die Wahrheit sichtbar wurde. Dem Mythos, die Polizei reagiere bei solchen Demonstrationen nur auf gewalttätige Autonome wurde der Boden entzogen. Die Provokationen und die Gewalt gehen vom Staate aus - und auf das Volk los!

Und ihre Heuchelei wird immer mehr Menschen bewusst: dort sitzen die Führer der sieben reichsten Wirtschaftsmächte und ihr russischer Kollege Putin zusammen und beklagen angebliche Gewalt von DemonstrantInnen. Ihre Entscheidungen und das System, das sie repräsentieren und verteidigen, lassen die Hälfte der Menschheit mit weniger als drei DM am Tag leben, ein Drittel aller Kinder an Unterernährung leiden. Der Kapitalismus übt tagtäglich brutale Gewalt an der Mehrheit der Weltbevölkerung aus. Der russische Präsident Putin ist in Tschetschenien für einen Völkermord verantwortlich, vor zwei Jahren bombardierte die NATO (Rest-) Jugoslawien - wenn sich diese Herren über Gewalt auf

Demonstrationen beklagen ist das, als ob ein Mörder sich über eine Ohrfeige beschwert.

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE BEWEGUNG

Für die antikapitalistische Bewegung stellt der Erfolg und der Verlauf der Ereignisse von Genua eine neue Herausforderung dar. Die Frage, wie es weitergehen soll wird weltweit von tausenden Aktiven diskutiert.

Die Bewegung hat schon einiges erreicht: sie hat es geschafft die Globalisierungsfetischisten in der öffentlichen Debatte in die Defensive zu drängen, sie hat in den letzten zwei Jahren weltweit Millionen mobilisiert und sie hat begonnen die gesellschaftliche Isolierung der Linken zu durchbrechen. Aber es gibt in der Bewegung zur Zeit mehr Fragen als Antworten. Die Zukunft der Bewegung entscheidet sich mit der politischen Richtung, die die Bewegung einschlägt. Dabei stellen sich viele Fragen: was sind unsere Ziele? Mit welchen Mitteln führen wir unseren Kampf? Wer sind unsere Verbündeten und wer sind unsere Gegner? Was sind die nächsten Aufgaben?

DIE LEHREN VON GENUA

Die wichtigste Lehre aus Genua muss sein, die Verbindung zwischen den antikapitalistischen Protesten und der konkreten Gegenwehr von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen gegen die Umsetzung der neoliberalen Politik in den Ländern, Kommunen und Betrieben zu führen. Die einsetzende Weltwirtschaftskrise wird zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen führen. Staaten und Kommunen geraten in immer tiefere Finanzkrisen und wälzen diese durch Sozialkürzungen, Privatisierungen und Stellenabbau auf die Masse der Bevölkerung ab. Antikapitalistische AktivistInnen müssen eine Hauptaufgabe darin sehen den Widerstand vor Ort gegen solche Maßnahmen anzustoßen, zu unterstützen, zu organisieren und damit die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung auf breitere Beine zu stellen. Den örtlichen und betrieblichen Widerstand kann man mit den nächsten großen internationalen Mobilisierungen verbinden. Diese werden Ende September

in den USA die Demonstration gegen die nächste Tagung von IWF und Weltbank in Washington D.C. sein und in Europa der nächste EU-Regierungsgipfel am 14. Dezember in Brüssel (schon vorher wird es in belgischen Lüttich und Gent Demonstrationen gegen kleinere EU-Tagungen geben).

Um diese Demonstrationen zu einem Erfolg zu machen ist auch eine antikapitalistische Offensive in den Gewerkschaften nötig. Diese sind die potenziell mächtigsten Organisationen, denn sie bestehen aus Millionen von Lohnabhängigen. Würden diese ihre Kraft mittels Streiks einsetzen, könnte die Bewegung ganz neue Gipfel erklimmen. Ein Generalstreik in Brüssel könnte den EU-Gipfel im Dezember unmöglich machen. Die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Erwerbslosen) ist aufgrund ihrer Stellung in der Wirtschaft die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft und die einzige, die eine grundlegende Veränderung durchsetzen kann. Deshalb sollte es ein vordringliches Ziel der antikapitalistischen Bewegung sein, von einer hauptsächlich von Jugendlichen geprägten Bewegung auch zu einer Bewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern zu werden. Die Einbeziehung der Gewerkschaften in die antikapitalistische Bewegung wird zur Zeit von den rechten und bürokratischen Gewerkschaftsführungen blockiert. Deshalb müssen antikapitalistische AktivistInnen in die Gewerkschaften eintreten und gemeinsam mit linken und oppositionellen GewerkschafterInnen Druck von unten machen und Anträge zur Unterstützung der Demonstration in Brüssel und zur aktiven Beteiligung am weltweiten Aktionstag gegen die WTO-Tagung am 9. November einbringen.

SOZIALISMUS

Wenn eine andere Welt erreicht werden soll, so muss uns klar sein, dass dies nicht mit den Reichen und Mächtigen möglich ist, sondern nur gegen sie. Die Orientierung einiger VordenkerInnen der Bewegung und einiger FührerInnen von Organisationen wie ATTAC auf die Einbeziehung der Parlamente und von Regierungen weist in die falsche Richtung. Einbindung in das kapitalistische Establishment wird bedeuten, dass der Bewegung die Spitze genommen wird. Sie liefe Gefahr zu einem zahnlosen Tiger zu werden, wie es Organisationen wie die Jusos heute sind oder sich in eine staatstragende Kraft, wie es die Grünen heute sind, zu verwandeln.

Die wichtigste politische Frage, die sich stellt ist aber die nach den gesellschaftlichen Zielen der Bewegung. Bei der antikapitalistischen Demonstration am 1. Mai in London konnte man auf einem Transparent "Schafft den Kapitalismus ab und ersetzt ihn durch etwas Netteres" lesen. Dieser Spruch drückt das vorherrschende Bewusstsein in der Bewegung aus. Die meisten wissen, wogegen sie sind, haben aber keine Vorstellung von einer alternativen Gesellschaftsform. Auch die verbreitete Losung "Eine andere Welt ist möglich" beantwortet nicht die Frage, wie diese Welt gestaltet sein soll. Die SAV sagt: Eine andere Welt ist möglich - wenn es eine sozialistische Welt ist!" Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, nach einer gerechten Verteilung von Reichtümern, nach fairem Handel zwischen industrialisierter und neokolonialer Welt sind im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft reine Utopie. Im Kapitalismus wird immer der Profit und die private Konkurrenz herrschen. Organisiert sich die Arbeiterklasse und kämpft sie entschlossen für Verbesserungen, so sind den Kapitalisten Zugeständnisse abzutrotzen, doch diese werden spätestens in der nächsten Wirtschaftskrise wieder in Frage gestellt und zurückgenommen. Der Kapitalismus ist und bleibt ein krisenhaftes System, das nicht im Interesse der Mehrheit der Weltbevölkerung einzusetzen ist. Letztlich ist wahr, worauf SozialistInnen immer hingewiesen haben: man kann nur das kontrollieren und für die Allgemeinheit einsetzen, was der Allgemeinheit auch gehört. An der Notwendigkeit der Überführung der zentralen Wirtschaftseinheiten von Banken und Konzernen in öffentliches Eigentum, an der demokratischen Kontrolle und Verwaltung dieser verstaatlichten Betriebe und an der Ausarbeitung eines demokratischen Wirtschaftsplanes zur Beendigung der Profitlogik und des Konkurrenzkampfes führt deshalb kein Weg vorbei, wenn eine andere Welt erreicht werden soll.

MIT ALLER GEWALT?

Die Frage, die nach Genua in der Öffentlichkeit und unter AktivistInnen am heißesten diskutiert wurde, war die sogenannte "Gewaltfrage". Die Medien und Regierenden fordern die "GlobalisierungskritikerInnen" fast täglich auf, sich von Gewalt zu distanzieren. Dass diese Frage eigentlich an Silvio Berlusconi und seine prügelnden Carabinieri gerichtet werden müsste, wird geflissentlich ignoriert.

Tatsache ist, dass die Gewalt von Genua von staatlicher Seite organisiert, angeheizt und geduldet wurde. Tatsache ist deshalb, dass die wichtigste

Frage, mit der sich die Aktiven der Bewegung auseinandersetzen müssen ist, wie sich Demonstrationen in Zukunft gegen Polizeigewalt und Provokateure verteidigen können. Tatsache ist auch, dass - konfrontiert mit Polizeiangriffen - einige Jugendliche zu Steinen gegriffen haben, um sich zur Wehr zu setzen oder ihrer Wut und Frustration freien Lauf zu lassen. Tatsache ist aber auch, dass es einzelne autonome und anarchistische Gruppen gibt, die Verfechter von individuellen Randalaktionen, wie das Zerstören von Banken und Geschäften oder physische Angriffe kleiner Gruppen und Einzelpersonen auf die Polizei sind und dafür politische Argumente anführen.

Für die Bewegung stellt sich daher die Frage: mit welchen Mitteln können wir erfolgreich kämpfen und wie setzen wir diese kollektiv um?

Die anzuwendenden Mittel sind nicht von den politischen Vorstellungen zu trennen, sie ergeben sich sogar daraus.

Wenn anarchistische Gruppen nicht das Vertrauen haben, die Mehrheit der Arbeiterklasse von dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft zu überzeugen, ergibt sich daraus eine Konzeption von radikalen Minderheitenaktionen, die stellvertretend für die Massen selber den Kapitalismus irgendwie schädigen sollen. SozialistInnen gehen davon aus, dass der Kapitalismus nur abgeschafft werden kann, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse durch Streiks und Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und die Bildung von Arbeiterräten die Bühne der Geschichte betritt. Um dies zu erreichen müssen wir heute nicht den Kampf um die Macht führen, sondern erst einmal den Kampf darum, die Massen für ein antikapitalistisches und sozialistisches Programm zu gewinnen. Aktionsformen müssen daher vor dem Hintergrund entschieden werden, ob sie dabei helfen breitere Teile der Arbeiterklasse zu erreichen, zu mobilisieren und in die Bewegung einzubinden. Das kann dazu führen, dass manche Aktionsformen in bestimmten Situationen richtig und in anderen falsch sein können. Ein Prinzip ist für SozialistInnen dabei, dass auf Massenmobilisierungen gesetzt wird und nicht auf radikale Minderheitenaktionen. Wenn zum Beispiel südkoreanische ArbeiterInnen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze in den Streik treten und ihre besetzten Betriebe mit Eisenstangen gegen Polizeieinsätze verteidigen, ist das genauso richtig, wie die Aktionen der belgischen Stahlarbeiter von Forges de Clabeq, die vor einigen Jahren Bulldozer gegen Polizeibarrikaden eingesetzt haben. Dies waren jedoch Massenaktionen, die von den aktiven Teilen der Arbeiterklasse selber getragen wurden und auf breite Sympathien trafen. Ähnliche Sympathien gibt es für das Anzünden von

Banken oder für individuelle Angriffe auf PolizistInnen am Rande von Demonstrationen nicht (nicht zuletzt, weil davon auch ArbeiterInnen betroffen werden - die Menschen, die über einer Bank oder McDonald´s wohnen, deren Auto in Flammen aufgeht oder die ihren Job in einer zerstörten McDonald´s Filiale verlieren).

VerfechterInnen solcher Aktionen sagen, nur dadurch würde Medienresonanz erreicht (ganz nach dem Motto "jeder Stein eine Schlagzeile"), andere hoffen durch die großen Schäden Gipfeltreffen in Zukunft unmöglich, weil unfinanzierbar zu machen (wobei jeder größere Streik zu mehr wirtschaftlichem Schaden führen würde) und sehen darin einen Weg den Kapitalismus konkret zu schädigen und das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen.

Wir halten diese Argumente für falsch und in der Abwägung mit dem politischen Schaden, den individuelle Randalereien anrichtet, auch für wenig schwerwiegend. Schlägereien mit der Polizei und brennende McDonald´s-Filialen führen eher dazu, dass die Medien sich in ihrer Berichterstattung auf die "Gewalt" konzentrieren und weniger über die Größe der Proteste und deren politische Ziele berichten. Die wirtschaftlichen Schäden werden von Versicherungen ausgeglichen oder durch Lohnkürzungen oder ähnliches von der Arbeiterklasse bezahlt. Jede entschlossene Massenaktion, jeder Streik, jede Straßenblockade stellt das staatliche Gewaltmonopol in Frage - aber massenhaft und kollektiv und nicht individuell und vereinzelt.

Das entscheidende Argument aber bleibt: Randalereien sind offensichtlich im Interesse der Herrschenden, denn sonst hätten sie in Genua keine Polizeiprovokateure eingesetzt, um genau diese Randalereien anzuzetteln. Es war nicht zu erkennen, ob hinter einer schwarzen Maske ein "ehrlicher" Autonome oder ein Polizeiprovokateur steckte. Dies kann man nicht leugnen und daraus ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, wem die Auseinandersetzungen von Genua gedient haben. Solche Jugendlichen, die sich in ihrer Wut an Randalereien beteiligt haben und solche Autonome, die diese bewusst und geplant begangen haben, helfen damit de facto - ob sie es wollen oder nicht - dem kapitalistischen Staat. Deshalb war es richtig, dass viele DemonstrationsteilnehmerInnen in Genua gegen RandaliererInnen vorgegangen sind und ihre Demonstrationsblöcke nicht für sie geöffnet haben.

Gleichzeitig sind die Grenzen zwischen individuellen Randalereien und Selbstverteidigung gegen Polizeiangriffe bei Demonstrationen wie in

Genua fließend. Die Fernsehbilder und entsprechenden Kommentare verschweigen natürlich die Komplexität solcher Ereignisse. So haben auch VertreterInnen der "Tute Bianche" ("Die weißen Overalls"), einer Gruppe die Gewaltlosigkeit zum Prinzip hat, erklärt, dass sie sich gegen die massiven Polizeiangriffe mit Steinen zur Wehr setzen mussten.

Wie sollen sich also Demonstrationen gegen Polizeigewalt verteidigen und welche Mittel sollen angewendet werden, um die imperialistischen Gipfeltreffen zu verhindern?

TUTE BIANCHE

Eine Gruppe, die in den letzten zwei Jahren eine neue Aktionsform entwickelt hat sind die eben diese "Tute Bianche". Sie stehen für eine "militante Gewaltlosigkeit" und setzen direkt ihre Körper ein, um zum Beispiel den Zugang in abgesperrte Tagungsareale zu bekommen oder sind bei Demonstrationen in Italien in Abschiebegefängnisse eingedrungen, um diese symbolisch zu schließen. Dabei setzen sie bewusst keine offensive Gewalt ein, sondern schützen sich nur durch gepolsterte Kleidung, Helme etc. In Italien konnten sie durch ihre Aktionen eine große Medienaufmerksamkeit erlangen und waren im Kampf für die Schließung von Abschiebegefängnissen sogar erfolgreich (allerdings auf der Grundlage der Mobilisierung zehntausender DemonstrantInnen). Die Taktik der Tute Bianche beinhaltet viele richtige Aspekte: ziviler Ungehorsam, Bereitschaft zur Konfrontation, Defensivtaktik, breite Mobilisierungen. Leider vertreten sie keinerlei politisches Programm, sondern definieren sich ausschließlich durch ihre Aktionsform. Sie sind zwar der Gruppe "Ya Basta" entsprungen, die sich an den Zapatisten orientieren, verstehen sich aber als eine Bewegung, die offen für alle diejenigen sind, die an der Aktionsform teilnehmen wollen. Ohne ein politisches Programm können die "Tute Bianche" jedoch unmöglich zu einer Kraft werden, die der Bewegung eine Perspektive geben kann, auch wenn ihre Aktionsform viel Richtiges beinhaltet. Denn die politischen Fragen, die in der Bewegung aufkommen brauchen eine politische Antwort und die Frage der anzuwendenden Mittel ist eine taktische Frage, die im Zweifelsfall den politischen Fragen untergeordnet ist.

FÜR MASSENAKTIONEN

Die SAV steht für Massenmobilisierungen und kollektive Massenaktionen bei den Demonstrationen gegen die kapitalistischen Institutionen. Wir unterstützen Blockaden von Gipfeln und andere Formen direkter Aktionen, wenn sie auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen und Massenbeteiligung stattfinden. Vor allem treten wir dafür ein, die organisierte Arbeiterbewegung für die antikapitalistischen Proteste zu gewinnen. Die effektivsten direkten Aktionen sind Streiks, Generalstreiks und Betriebsbesetzungen. Ein Generalstreik in der Stadt, in der ein Gipfeltreffen stattfindet, wäre die kraftvollste und effektivste Gegendemonstration.

Es ist auch die Verantwortung der Gewerkschaftsführung, dass die Demonstration in Genua diesen Verlauf nehmen konnte. Sie hätten die Macht nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen auf die Straße zu bringen und die Demonstrationen durch gut organisierte und ausgestattete, massenhafte Ordnerdienste gegen Polizeiangriffe und Provokationen zu verteidigen. Und mit einer anderen Politik und einer anderen Führung könnte die Arbeiterbewegung den Jugendlichen, die aus verständlicher Wut und Frustration über die herrschenden Verhältnisse sich an einzelnen Randalaktionen beteiligen, eine Perspektive für einen erfolgreichen, kollektiven Kampf gegen den Kapitalismus bieten.

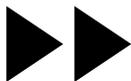
Doch die antikapitalistische Bewegung kann nicht darauf warten, dass die Gewerkschaften von unten erneuert werden und wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse gemacht worden sind. Der Schutz von Demonstrationen ist hier und heute eine drängende Aufgabe. Es war ein Fehler, dass das Genoa Social Forum (GSF - das Organisationsbündnis der Demonstration vom 21. Juli) bewusst darauf verzichtet hat, Ordnerdienste für die Demonstration zu organisieren. Es ist naiv, diese Aufgabe der Polizei zuzuschreiben, wie es ein Sprecher des GSF nach den Demonstrationen gemacht hat.

Demokratische Vorbereitungskonferenzen sollten Demonstrations- und Ordnerleitungen wählen, in denen die wichtigsten beteiligten Organisationen vertreten sind. Die Ordnerdienste sollten gut vorbereitet werden und zu ihrer Verteidigung ausgestattet werden (ähnlich der "Tute Bianche" zum Beispiel mit Schutzkleidung, aber auch mit Schildern oder Knüppeln zur Verteidigung). Das Vorgehen auf Demonstrationen muss entsprechend der konkreten Lage vor Ort demokratisch entschieden

werden (also Fragen, ob Blockaden organisiert werden können, die es den TeilnehmerInnen von Gipfeln unmöglich machen könnten, den Gipfel zu erreichen; ob versucht werden soll durch massenhaftes Vordringen der Demonstration Polizeiketten zu durchbrechen und in die abgesperrten Teile der jeweiligen Stadt vorzudringen; wie sich verhalten werden soll, falls das gelingt bzw. es Polizeiangriffe auf die Demonstration gibt etc.). Solange allen beteiligten Gruppen die Freiheit der Propaganda und eigener Aktionsformen, die nicht im direkten Widerspruch zu den Mehrheitsentscheidungen stehen, zugestanden wird, sollte dann auch von allen erwartet werden, dass sie sich an demokratisch gefasste Beschlüsse halten. Denn solche Gruppen, die der Mehrheit von DemonstrantInnen ihre individuellen Randaktionen aufzwingen, handeln nicht nur destruktiv, sondern auch undemokratisch und stellen sich so leider außerhalb der antikapitalistischen Bewegung.

Während wir alle Opfer staatlicher Repression und Verfolgung verteidigen, treten wir dafür ein, dass in der antikapitalistischen Bewegung eine offene Auseinandersetzung über die Frage der anzuwendenden Mittel stattfindet. Manche autonome Gruppen weisen jede Kritik mit dem Vorwurf, dies würde die Bewegung spalten zurück. Wir appellieren an diese Gruppen ihre Taktik zu überdenken und sich der Diskussion zu stellen, wie die Bewegung gemeinsam und geschlossen aufgebaut werden kann.

Denn die Herrschenden fürchten nicht kaputte Fensterscheiben von Banken oder Tankstellen. Das regeln schon die Versicherungen. Sie fürchten eine Massenbewegung, die sich gegen den Kapitalismus wehrt und diesen in Frage stellt. Daher versuchen sie die Bewegung zu spalten und Unruhe und Misstrauen zu säen. Am meisten fürchten sie, dass einer Tages kein Demonstrant mehr anreisen muss, um einen Gipfel lahm zu legen, weil das die Beschäftigten der jeweiligen Stadt mit einem Generalstreik selbst erledigen.



SOZIALISTINNEN UND DIRECT ACTION

Artikel von Stephen Jolly, aus "The Voice", Zeitung der australischen Sektion des CWI, der Socialist Party vom Februar 2001. Die Socialist Party war führend in der Organisierung der S11 Proteste anlässlich des Treffens des Weltwirtschaftsforums in Melbourne von 11-13. September 2000.

Beginnend mit Seattle hat sich eine neue antikapitalistische Bewegung unter einer Schicht von Jugendlichen und kämpferischen ArbeiterInnen in den entwickelten kapitalistischen Ländern entwickelt. Dieser Artikel von Stephen Jolly untersucht die Frage von Direct Action von einer sozialistischen Perspektive aus. Indem er auf die reichen Erfahrungen der Socialist Party zurückgreift beleuchtet er zentrale Charakteristika und Prinzipien von Direct Action.

Die kämpferischen Proteste durch radikale Jugendliche und ArbeiterInnen bei den kapitalistischen Konferenzen sind eine Reaktion auf dieses System, das Millionen in schlimmster Armut läßt. Die Proteste spiegeln eine Abkehr von den bisherigen Methoden der Australischen Labour Party, der gemäßigten Gewerkschaften und NGOs wieder - vom Sammeln von Unterschriften, vom appellieren und bitten, dass die Reichen doch ein paar Brosamen abgeben würden. "Direct Action" (DA) ist zu einem die Bewegung verbindenden Gedanken geworden, wird schon als Lösung an sich oder zumindest als politische Methode gesehen, die anders ist als "die Politik". Aber die Methoden von DA, egal wann angewandt, sind nicht politisch neutral, und stellen an sich auch keine Lösung dar. Sie sind das - bewusste oder unbewusste - Resultat der Ideen, Prinzipien und der Strategie von jenen, die sich an den Aktionen beteiligen.

DIE HERANGEHENSWEISE DER LABOUR PARTY

Wenn die Labour Party und die Gewerkschaftsbürokratie Proteste organisieren dann tun sie das gewöhnlicherweise wegen des Drucks von der Basis. Manchmal, wie bei den Kämpfen der MUA 1998 (großer Streik der Hafendarbeiter), stützt sie sich in einem Kampf auf die ArbeiterInnenklasse um die Rolle der Bürokratie im Ausbeutungssystem beizubehalten. Ihre Methode mit denen sie solche Proteste organisieren

sind bürokratisch-zentralistisch. Das bedeutet das an der Spitze bürokratisch Entscheidungen gefällt werden und dann von der Basis erwartet wird, dass sie zentralistisch, geeint agiert. Aber schon der Akt an sich, ArbeiterInnen auf die Straße zu bringen ist für die Bürokratie gefährlich und die Aufgabe von MarxistInnen ist es, diese Widersprüche zu nutzen. Sie müssen die beschränkten Ziele und die undemokratischen Methoden der Führung aufzeigen und ein alternatives sozialistisches Programm und eine Strategie und Taktik für den Kampf anbieten.

DIE HERANGEHENSWEISE DES LIBERALEN KLEINBÜRGERTUMS

Die liberalen Kleinbürger orientieren sich nicht an den Methoden der ArbeiterInnenklasse, sondern haben im Gegenteil kein Vertrauen in die Fähigkeiten der Klasse die Gesellschaft zu verändern oder auch nur Reformen zu erreichen. In diesem Sinn unterscheiden sie sich von der Bürokratie in der ArbeiterInnenbewegung, die die Macht der ArbeiterInnenklasse sehr wohl sehen und sie auch als letzten Ausweg mobilisieren. Der Zugang der Liberalen ist es die herrschende Klasse zu bitten und an sie zu appellieren, um Veränderungen zu erreichen. DA in Form von friedlichen Protesten kann als Teil dieser Strategie genutzt werden. Die politischen Prinzipien die hier zugrunde liegen sind jene der Volksfront, also eines Bündnisses auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Kampf in einer Volksfront z.B. gegen Faschismus hat daher auch nur vage Slogans gegen Rassismus - die sozialistischen Ideen um dem Faschismus die Unterstützung abzugraben (Schaffung von Arbeitsplätzen, ordentliche und leistbare Wohnungen, Mindestlohn etc.) werden geopfert.

Die Märsche für Aussöhnung die letztes Jahr stattfanden waren dafür ein Beispiel. Aborigines und GewerkschafterInnen marschierten gemeinsam mit Minenunternehmern und Liberalen. Das bedeutete, dass die Forderungen nach Landrechten, Jobs und Verstaatlichung der Mienen versteckt werden mussten um die herrschende Klasse an Bord zu behalten.

Die organisatorischen Prinzipien der DA in einer Volksfront sind ebenfalls bürokratisch-zentralistisch. Großer Wert wird auf sanfte, friedliche Aktionen gelegt um das Zielpublikum (den einen oder anderen Teil der herrschenden Klasse) nicht vor de Kopf zu stoßen und empfänglich für die Wünsche der Liberalen zu machen.

ULTRA-LINKE HERANGEHENSWEISE

Diese Methode wird häufig von jenen angewandt, die ehemalige oder umgedrehte Liberale sind. Also Liberale, die plötzlich feststellen, dass höfliche Demonstrationen zu nichts führen. Sie setzen auf radikale Direct Action und sogar auf individuellen Terrorismus. Das Ziel ist letztlich dasselbe, nämlich die herrschende Klasse aufmerksam zu machen. Wie die Liberalen haben sie kein Vertrauen in die Fähigkeit der ArbeiterInnenklasse die Gesellschaft zu verändern. Sie glauben, dass die Aktionen einer militanten Gruppe Unterstützung in der Gesellschaft auslösen werden und so die herrschende Klasse zwingen werden, in einer Frage Zugeständnisse zu machen. Weil sie die Notwendigkeit der Beteiligung der Massen der ArbeiterInnen und Jugendlichen nicht sehen, sind die DA der Ultralinken oft in einer undemokratischen, sektiererischen Art abhängig von der Laune der jeweiligen Anführer der Gruppen, organisiert.

Anarchistische Gruppen und jene, die von ihren Ideen beeinflusst sind, argumentieren, dass die Bewegung keine Führer braucht sondern nur "Selbst-Organisation". Aber die Wahrheit ist, dass Proteste nicht spontan geschehen; sie sind organisiert (wie würden sie sonst passieren?) und Flugblätter werden geschrieben, Webpages erstellt...

DIE MARXISTISCHE HERANGEHENS- WEISE AN DIRECT ACTION

Wir glauben, dass die Bewegung demokratische Strukturen braucht und das Menschen in "führenden" Positionen demokratisch gewählt werden müssen und rechenschaftspflichtig sind. Sonst werden alle Beschlüsse von einer undemokratischen Clique gefällt. Wir weisen alle Versuche zurück, einen Widerspruch zwischen Marxismus und Direct Action zu konstruieren. Besetzungen, Streikposten, Demonstrationen, Streiks und die Revolution selbst sind alle Teile des politischen Arsenal der sozialistischen Bewegung. Die marxistische Herangehensweise an Direct Action ist das Resultat der theoretischen Analyse der Situation und der jahrzehntelangen Erfahrungen der ArbeiterInnenklasse.

Der Unterschied zwischen uns und den Ultralinken ist die Notwendigkeit sich an die ArbeiterInnenklasse zu wenden und sie rund um Frage die sie betreffen in die Bewegung zu bringen. Diese aktive Beteiligung im Kampf radikalisiert mehr als alles andere und vertieft das Verständnis der ArbeiterInnenklasse. Diese Herangehensweise beinhaltet eine konkrete Liste von Forderungen, die Mensch zur Aktivität bewegt. Sie beinhaltet auch eine demokratisch-zentralistische Methode der Organisation. Das bedeutet demokratische Debatten über die Strategie und Taktik der DA, und dann, wenn einmal die Entscheidung gefällt wurde, wie vorzugehen ist, eine gemeinsame Umsetzung der gefällten Beschlüsse.

Es ist eine Herangehensweise, die Verantwortung einschließt anstatt sie zu vermeiden. Demokratische Strukturen müssen rechtzeitig vorher eingerichtet werden um sicherzustellen, dass während und zwischen Massenprotesten alle gut informiert sind und an der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Solche demokratischen Organisationen würden eine wirkliche Diskussion bezüglich der Taktik ermöglichen, inklusive der Diskussion darüber, wie ein OrdnerInnendienst organisiert wird und wie Demonstrationen und andere Proteste geschützt werden können. Eine demokratische Organisation würde auch eine volle Diskussion darüber welche Forderungen, Slogans und welches Programm die anti-kapitalistische Bewegung annehmen soll, ermöglichen.

Wenn MarxistInnen mit anderen zusammen bei Direct Actions arbeiten, stehen wir auf Basis der Einheitsfront, im Gegensatz zur Volksfront. Das bedeutet ein punktuelles Bündnis mit anderen für ein bestimmtes Ziel, auf das man sich geeinigt hat, aber keine Beschränkungen des jeweils eigenen politischen Materials: Getrennt zu marschieren, aber gemeinsam zu schlagen. Das ist die Methode die wir bei der Besetzung des Richmond Secondary College angewendet haben, bei S11 und M1, und in der Bewegung gegen Hanson.

Abonniert die VORAN!

VORAN ist die Monatszeitung der Sozialistischen Alternative – SAV. Wir bringen jeden Monat Berichte, Kommentare und Analysen, die sonst in keiner Zeitung erscheinen. In der VORAN schreiben regelmäßig Gewerkschaftsmitglieder und SozialistInnen aus aller Welt über die aktuellen Entwicklungen und Bewegungen in ihren Ländern.

Wenn Du über die Entwicklung in der Gewerkschaftslinken informiert werden möchtest, die Wahrheit über die rot-grüne Bundesregierung erfahren und über die Aktivitäten der SAV lesen willst, dann abonniere die VORAN.

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo für eine monatliche Spende von m 10 DM m 20 DM m ____ DM
- zusätzlich ____ Exemplare zum Weiterverkaufen (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name Telefon/Email (für eventuelle Rückfragen)

Strasse, Hausnummer Postleitzahl, Ort

- Geschenk-Abo** befristet (10 Ausgaben zu 25 DM) unbefristet

Das Abo bitte an folgende Adresse liefern:

Name

Strasse, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Ich ermächtige die Sozialistische Alternative e.V. – jederzeit widerruflich –

25 DM für 10 Ausgaben

____ DM für ein Förderabo (monatlich vierteljährlich)

von meinem Girokonto mittels Lastschrift einzuziehen

Name der Bank

Bankleitzahl Kontonummer

Name des/der KontoinhaberIn

Datum, Unterschrift

Oder überweisen an: VORAN, Kontonummer 2500 59 - 430 bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43, Stichwort: „ABO + Name & Adresse“

**Bitte einsenden an: SAV, Zeitungsversand, Littenstr. 106/107,
10179 Berlin oder Fax: 030 / 24 72 38 04**

WAS WILL DIE SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Committee for a Workers' International

PO Box 3688, London E11 1YE

e-mail: cwi@worldsoc.co.uk

Tel: 0044 20 8558 5814

Fax: 0044 20 8988 8793

Sozialistische Alternative (SAV)

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Telefon: 030/24723802

Fax: 030/24723804

e-mail: info@sav-online.de

Website: www.SAV-online.de

